



► **Nr. VO/2017/05334**
öffentlich

Lübeck, 22.09.2017

Bearbeitung: Ulfert Bloß (E-Mail: ulfert.bloess@luebeck.de Telefon: 122-1151)

Stellenausschreibungstext Leitung der Lübeck Port Authority

Der Text der geplanten externen Stellenausschreibung für die Leitung der Lübeck Port Authority wird zur Information vorgelegt

LÜBECK-LEISTE

Lübecker Marzipan, Thomas Mann, das Holstentor, das sind Begriffe, die vielen zuerst zu unserer Stadt einfallen. Doch die Hansestadt Lübeck mit ihren rund 220.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist weit mehr als das. Lübeck ist eine Hafenstadt und heute viertgrößter Universalhafen Deutschlands, einer der größten Fährhäfen Europas, Logistikkreuzung und Tor zum Ostseeraum. Das sind die Attribute, die heute dem Hafenstandort Lübeck zugeschrieben werden. 2016 wurden knapp 24 Mio. Tonnen umgeschlagen. Knapp 160 ha öffentliche Hafenflächen stehen zur Verfügung, die Hafenbahn umfasst eine Länge von 65 km.

Im Bereich Lübeck Port Authority (LPA) sind alle städtischen Hafenzuständigkeiten zusammengeführt. Als moderner Dienstleister für die öffentlichen Häfen der Hansestadt Lübeck einschließlich der Hafenanlagen in Travemünde obliegt der LPA die Vorhaltung der land- und wasserseitigen Infrastruktur, sie ist Ansprechpartner für die Hafenbetreiber und entwickelt zusammen mit ihnen den Lübecker Hafen strategisch weiter.

Wir suchen für unseren Fachbereich Planen und Bauen zum 01.07.2018 eine Führungspersonlichkeit für die

Leitung der Lübeck Port Authority

Welche Aufgaben erwarten Sie?

- Die Leitung der LPA mit ca. 90 Mitarbeiter/innen in den Abteilungen „Personal, Finanzen und Hafenverwaltung“, „Hafenplanung, Baggertgut und Hafenbahn“, „Hafenbau“, „Wasserbau und Wasserwirtschaft“ und „Hafenamt“ mit der Hafenbehörde
- Die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion für die öffentlichen Hafen- und Wasserflächen Lübecks
- Sie sind Auftraggeber/in für Neubau- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Betreiber/in (Verwaltung, Instandhaltung, Neu- und Ersatzinvestitionen) der öffentlichen Hafeninfrastruktur und Hafenbahnanlagen und fungieren als Ansprechpartner/in für die Hafenwirtschaft und für Bundes- und Landesbehörden
- Eine dynamische Hafenentwicklungs- und Hafenplanung auf der Basis von Wirtschaftlichkeitsanalysen
- Planung, Finanzierung und Bau der Infrastruktur inklusive Grundstückserwerb
- Vertretung des Bereiches in den städtischen Gremien, Bürgerveranstaltungen, Arbeitskreisen sowie auf Fachtagungen

Welche Schwerpunkte stehen in den nächsten Jahren an?

- Fertigstellung des Hafenentwicklungsplanes 2030
- Erweiterung des Skandinavienkais um rund 16 ha Fläche
- Planung und Bau weiterer Anleger am Skandinavienkai
- Instandhaltung und Erneuerung alter Kaianlagen
- Aktualisierung von Nutzungs- und Mietverträgen

Was erwarten wir von Ihnen?

- Ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium im Bauingenieurwesen / Wasserbau bzw. Wirtschaftswissenschaften oder eine vergleichbare Qualifikation
- Die erfolgreich abgelegte Große Staatsprüfung für den Technischen Verwaltungsdienst oder vergleichbare Ergänzungslehrgänge der Technischen Verwaltung mit nachweislichem Prüfungsabschluss sind wünschenswert
- Langjährige Berufserfahrung mit ausgeprägter Managementkompetenz, insbesondere von Großprojekten auch hinsichtlich von Planungsprozessen und Genehmigungsverfahren
- Mehrjährige Führungserfahrung, Freude daran, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kooperativ zu konstruktiver und effektiver Arbeit anzuleiten und zu motivieren
- Gestaltungswillen, den Lübecker Hafen weiter zu entwickeln
- Kenntnisse im Vergabe- und Vertragsrecht sowie in der Hafenverwaltung
- Erfahrung im Umgang mit öffentlichen Gremien
- Kenntnisse bezüglich Erstellung und Erhaltung der Infrastruktur (Hafenanlagen, Wasserbauwerke, Gleisanlagen)

Sie sollten sich bewerben, wenn Sie Freude am Durchsetzen attraktiver und wichtiger Projekte haben, belastbar sind sowie kreativ und innovativ denken.

Es handelt sich um eine Vollzeitstelle; Bewerbungen für eine Teilzeitbeschäftigung sind möglich.

Bei Vorliegen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen ist die Verleihung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 16 SHBesG möglich. Bewerben Sie sich gerne auch, wenn Sie die Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht erfüllen oder eine Verbeamtung nicht anstreben. Die Einstellung erfolgt in diesem Fall im Angestelltenverhältnis.

Gemäß § 5 des Landesbeamtengesetzes werden Ämter mit leitender Funktion, die mindestens der Besoldungsgruppe A 12 SHBesG angehören, zunächst auf Probe übertragen. Die regelmäßige Probezeit beträgt zwei Jahre. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Probezeit wird das Amt auf Dauer übertragen. Für den Fall, dass kein erfolgreicher Abschluss der Probezeit bestätigt werden kann, endet der Anspruch auf Besoldung aus diesem Amt, die mit dem Beginn der Probezeit gezahlt wird.

Die Hansestadt Lübeck verfolgt das Ziel der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern auf der Grundlage des Frauenförderplans. Da die Hansestadt Lübeck eine Erhöhung des Frauenanteils anstrebt, werden qualifizierte Frauen ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bei sonst gleicher Eignung werden schwerbehinderte Bewerberinnen / Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Die Hansestadt Lübeck ist bemüht, das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Erfahrungen und Fähigkeiten aus ehrenamtlicher Tätigkeit, die als Qualifikation anhand des Stellenanforderungsprofils von Bedeutung sind, werden bei der Stellenbesetzung berücksichtigt.

Ausdrücklich begrüßen wir es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben.

Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen und vollständigen Unterlagen richten Sie bitte bis zum XX. November 2017 an die

**Hansestadt Lübeck - Der Bürgermeister -
Personal- und Organisationsservice
Kennziffer 111
Fischstraße 2-6 • 23552 Lübeck**

Als Ansprechpartner für fachbezogene Fragen steht Ihnen Herr Wiese, Bereich Lübeck Port Authority, Telefon 0451/122-6900, zur Verfügung. In personalwirtschaftlichen Angelegenheiten wenden Sie sich bitte an Herrn Bloß, Bereich Personal- und Organisationsservice, Telefon 0451/122-1151.

Da es sich bei dieser Stelle um eine Führungsposition handelt, in der in einem gewissen Umfang aufgrund dezentraler Ressourcenverantwortung für unterstellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statusrechtliche Entscheidungen zu treffen sind, ist die Personalvertretung gem. § 51 Abs. 4 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein nur auf Antrag der Bewerberin / des Bewerbers zu beteiligen. Daher bitten wir darum, gleichzeitig mit Ihrer Bewerbung die Beteiligung der Personalvertretung zu beantragen, sofern Sie diese wünschen.

► Nr. VO/2017/05092
öffentlich

Lübeck, 23.06.2017

Anfrage

Bearbeitung: Marco Bröcker (E-Mail: broecker@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1060)

CDU: BM Lötsch - Ostseestraße

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Anfrage:

Laut Pressemitteilung vom 14.6.2016 plant die Hansestadt Lübeck nur 282 der 363 Plätze in der Asylbewerberunterkunft in der Ostseestraße zu belegen.

Bei den Unterkünften in der Ostseestraße erstattet das Land Mietkosten in Höhe der tatsächlichen Auslastung.

- In welcher Höhe sind finanziellen Ausfälle zu erwarten, wenn die Stadt 81 Plätze unbesetzt lässt?
- Aus welchem Grund werden 81 Plätze unbesetzt gelassen?
- Welches Konzept ist für die Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße erarbeitet?
- Wann wurde dieses Konzept erarbeitet? Stand das Konzept schon zu Beginn der Arbeiten an der Unterkunft in der Ostseestraße fest?
- Falls nicht, warum wurde das Konzept für die Unterbringung geändert?
- Wer trägt die Kosten, falls 81 Plätze unbesetzt gelassen werden?
- Wie ändert sich die Gesamtkalkulation der Unterkunft Ostseestraße (je ausgenutzter Platz / je qm)?
- Wie und mit welchen Unterkünften ließe sich das Konzept der städtischen Verwaltung für die Betreuung von Asylbewerbern umsetzen, wenn die Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße komplett belegt wird?
- Bieten sich Container für einen „flexibleren“ Leerstand eher an?
- Wie lange wird es noch Plätze für Asylbewerber in Wohncontainern in der Hansestadt geben?
- Wann laufen die Verträge aus, bzw. wie sind Kündigungsfristen für die Wohncontainer?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :



► **Nr. VO/2017/05251**
öffentlich

Lübeck, 05.09.2017

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Katrin Soomann (E-Mail: katrin.soomann@luebeck.de Telefon: 122-6427)

Antwort auf Anfrage BM Lötsch vom 27.06.2017 betr. Ostseestraße VO/2017/05092

Bericht zu Zahlen und der Entwicklung der GU Ostseestraße.

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
26.09.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Anfrage von BM Lötsch- Ostseestraße, Nr. VO/2017/05092
Anforderung eines Berichtes zu Zahlen und der Entwicklung der GU Ostseestraße aus HA vom 27.06.2017

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Bereich Soziale Sicherung
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt: ☐ Ja
☒ Nein
Begründung:

Die Maßnahme ist: ☐ neu
☒ freiwillig
☐ vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: ☒ Nein
☐ Ja (Anlage 1)

Antwort:

Die Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in der Ostseestraße 1-3 ist im Februar 2017 (1. Bauabschnitt) und Mai 2017 (2. Bauabschnitt) in Betrieb genommen worden. Die sukzessive Belegung der Ostseestraße erfolgte durch interne Umzüge infolge der Aufgabe vorübergehend angemieteter Unterkünfte aber auch durch die Einweisung neu zugewiesener Flüchtlinge bzw. Familienzusammenführung. Alle Unterkünfte im gewerblichen Bereich (Ho-

tels, Ferienwohnungen) oder behelfsmäßige Unterkünfte wie Sporthallen sind zwischenzeitlich entmietet.

Aktuell ist die Ostseestraße mit ca. 240 Personen bewohnt.

Wie in allen anderen kommunalen Unterkünften streben wir auch in der Ostseestraße eine dauerhafte Belegungsquote von 80% bis 85% an. Die Mietenkalkulation basiert auf dieser Auslastungsquote und wird in diesem Rahmen refinanziert.

Eine höhere Auslastungsquote ist dauerhaft nicht vertretbar zu realisieren, da auf die persönlichen Belange und Umstände der unterzubringenden Flüchtlinge Rücksicht genommen werden muss. Als Beispiele seien hier erwähnt die religiöse oder ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Familienverband, gesundheitliche Einschränkungen, psychische Erkrankungen oder Störungen, Verhaltensauffälligkeiten, Drogenmissbrauch usw., allein diese Umstände begründen, dass Plätze unbesetzt bleiben (müssen).

Zu den Fragen welches Konzept wann für die GU Ostseestraße erarbeitet wurde, ob das Konzept schon zu Beginn der Arbeiten an der GU Ostseestraße feststand und falls nicht, warum das Konzept geändert wurde, lässt sich darauf verweisen, dass die Unterbringung am Standort Ostseestraße Bestandteil des grundsätzlichen Konzeptes aus 2015 zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Hansestadt Lübeck (Lübecker Weg) ist, das mit den beiden Trägern der Betreuung abgestimmt ist.

Zum Ende dieses Jahres werden noch 3 Standorte von Flüchtlingsunterkünften mit einer Platzkapazität von 142 Plätzen aufgegeben. Da auch weiterhin Neuzuweisungen und Familienzusammenführungen erfolgen, ist zu erwarten, dass sich die durchschnittliche Belegungsquote der Flüchtlingsunterkünfte von derzeit ca. 80% weiter erhöhen wird.

Mit Blick darauf, dass Wohncontaineranlagen maximal als Übergangslösung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen anzusehen sein können, können diese nicht als „flexiblerer“ Leerstand berücksichtigt werden. In der Hochzeit der Flüchtlingswelle hat die HL sich bewusst gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Containeranlagen entschieden und diese auch nur angemietet und nicht gekauft, wie es in vielen anderen Kommunen erfolgte. Die HL hat bewusst entschieden, sich von der Unterbringungsform Container trennen zu können, sobald sich die Lage entspannt, gerade weil es eine Übergangslösung bleiben sollte. Dieses begründet auch die verhältnismäßig kurzen Laufzeiten. Der Fokus der HL lag nicht auf einer Massenunterbringung an einigen wenigen Standorten, sondern auf einer menschenwürdigen Unterbringung, verteilt auf das gesamte Stadtgebiet.

Da die Platzkapazitäten es nun zulassen, werden die in der Hansestadt Lübeck bestehenden Containeranlagen nach Beendigung der Vertragsbindung zurückgegeben. Der 1. Bauabschnitt in der Schlutuper Straße ist bereits abgebaut, es folgt zum März 2018 die Anlage in der Fabrikstraße und zum Dezember 2018 der 2. Bauabschnitt in der Schlutuper Straße.

Anlagen :

Senator Sven Schindler



► Nr. VO/2017/05316
öffentlich

Lübeck, 19.09.2017

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Linda Schütt (E-Mail: linda.schuett@luebeck.de Telefon: 122-1501)

2. Zwischenbericht 2017 der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Turnusmäßige Berichterstattung zu den Produkthaushaltsseiten und dem Ergebnisplan

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Fachbereiche 1-5
Die Meldungen sind eingearbeitet (Anlage 1).

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

☐	Ja
☒	Nein. Die Belange von Kindern und Jugendl. sind durch den Bericht nicht unmittelbar berührt.

Begründung:

Die Maßnahme ist:

☐	neu
☐	freiwillig
☒	vorgeschrieben durch § 45 c GO

Finanzielle Auswirkungen:

☒	Nein
☐	Ja (Anlage 1)

Bericht:

Als Anlage wird der 2. Zwischenbericht 2017 über die Veränderungen auf den Produkthaushaltsseiten und im Ergebnishaushalt 2017 zum Stichtag 31.08.2017 vorgelegt.

Anlagen :

2. Zwischenbericht 2017

Bürgermeister Bernd Saxe

Hansestadt LÜBECK 



2. Zwischenbericht 2017 der Hansestadt Lübeck

Produktbudgetentwicklung

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Zusammenfassung	4
2 Gesamtdarstellung	5
Allgemeine Deckungsmittel	6
Budgetübersicht	6
Personalaufwand	7
3 Detaillierte Informationen zu Fachbereichen, Bereichen und Produkten	8
Fachbereich 1 – Bürgermeister	8
Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales	10
Fachbereich 3 – Umwelt, Sicherheit u. Ordnung	14
Fachbereich 4 – Kultur und Bildung	15
Fachbereich 5 – Planen und Bauen	18
Allgemeine Deckungsmittel	20

Zwischenbericht 2 / 2017

1 Zusammenfassung

Die Verwaltung überprüft im Laufe eines jeden Haushaltsjahres die Entwicklung des Ergebnishaushalts und die Entwicklung der Zielvereinbarungen, Kennzahlen und Strukturdaten auf den Produkthaushaltsseiten, jeweils prognostiziert auf das Ende des Haushaltsjahres, und kommuniziert das Ergebnis gegenüber dem Hauptausschuss in unterjährigen Berichten sowie einem Jahresbericht. Hiermit wird der 2. Zwischenbericht 2017 zum Stichtag 31.08.2017 vorgelegt.

Grundsätzlich werden in den Zwischenberichten nur die ergebnis- und steuerungsrelevanten Abweichungen dargestellt. Zur Beurteilung der Relevanz sind Schwellenwerte für die finanziellen Abweichungen definiert worden (i. d. R. 10 % bzw. 120 T€ vom Produktbudget). Über die Leistungen inklusive Ziele und Kennzahlen wird bei wesentlichen Veränderungen berichtet.

Über die Entwicklung in den städtischen Gesellschaften und Betrieben werden vom Beteiligungscontrolling jeweils gesonderte Quartalsberichte herausgegeben.

Mit dem vorliegenden Zwischenbericht wird für 2017 aktuell eine Reduzierung des Fehlbedarfs 2017 um 40,7 Mio. € prognostiziert, so dass sich ein voraussichtlicher Überschuss von 6,2 Mio. € ergibt. Damit verläuft auch der Haushalt 2017 entsprechend der insgesamt positiven Tendenz der letzten Jahre. Es kann mit heutigem Stand davon ausgegangen werden, dass mit dem Haushalt 2017 ein positives Ergebnis erwirtschaftet wird.

Trotz dieser guten Entwicklung darf nicht verkannt werden, dass nach wie vor eine erhebliche Konsolidierungsnotwendigkeit besteht. Diese Einschätzung beruht auf folgenden Fakten:

- Die konjunkturbedingten Ertragssteigerungen bei den Steuern (+ netto 12,2 Mio. €) tragen deutlich zu der guten Entwicklung bei, sind aber nicht strukturell wirksam.
- Die Zinsersparnis um 8,5 Mio. € ist der aktuellen Zinsentwicklung geschuldet und damit ebenfalls nicht strukturell.
- Grundstücksveräußerungserlöse lassen sich nicht unbegrenzt erzielen.
- Konsolidierungshilfe in der aktuellen Form erhält die Hansestadt Lübeck letztmalig mit Ablauf des Konsolidierungszeitraums für das Haushaltsjahr 2018.
- Die Aufwendungen in die städtischen Gebäude, Straßen, Brücken müssen in den nächsten Jahren intensiviert werden, um eine funktionsfähige Infrastruktur zu erhalten.

Der aktuelle Erfolg bei der Steuer- als auch Zinsentwicklung stellt nur die eine Seite einer Medaille dar. Auf der anderen Seite liegt gerade hier ein erheblicher Risikofaktor für die Zukunft, denn es handelt sich jeweils nicht um strukturelle Verbesserungen, die kontinuierlich die durch Preissteigerung und Tarifpolitik stetig zunehmende Aufwandsseite gegenfinanzieren könnten. Diese Risikofaktoren sind auf jeden Fall bei den künftigen Haushaltsverfahren mit ins Kalkül einzubeziehen. Die Gunst der Stunde ist neben weiteren Investitionen in die Infrastruktur auch besonders für den Schuldenabbau zu nutzen, um eine Risikominimierung für die Zukunft zu sichern.

Zwischenbericht 2 / 2017

2 Gesamtdarstellung

Allgemeine Deckungsmittel	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	403.483.000	422.641.000	19.158.000
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-24.438.900	-15.888.900	8.550.000
Konzessionsabgaben	12.600.000	12.600.000	0
Grundstücksan- und -verkäufe	6.345.800	14.822.800	8.477.000
Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand	-24.696.700	-24.696.700	0
Einnahmenüberschuss	373.293.200	409.478.200	36.185.000

Zuschussbudgets der Fachbereiche	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Fachbereich 1 - Bürgermeister	-31.892.800	-31.033.000	859.800
Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales	-115.853.600	-112.022.340	3.831.260
Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	-26.870.300	-28.605.000	-1.734.700
Fachbereich 4 - Kultur und Bildung	-186.782.300	-183.789.720	2.992.580
Fachbereich 5 - Planen und Bauen	-46.441.000	-47.827.200	-1.386.200
Summe aller Zuschussbudgets	-407.840.000	-403.277.260	4.562.740

Fehlbedarf / Überschuss	-34.546.800	6.200.940	40.747.740
--------------------------------	--------------------	------------------	-------------------

Personalaufwand – nachrichtlich –	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Personalaufwand FB 1	22.038.700	21.288.700	-750.000
Personalaufwand FB 2	23.955.200	22.798.800	-1.156.400
Personalaufwand FB 3	36.118.800	36.118.800	0
Personalaufwand FB 4	44.461.700	43.155.740	-1.305.960
Personalaufwand FB 5	43.872.900	43.779.100	-93.800
Personalaufwand Allgemeine Deckungsmittel	26.300.000	26.300.000	0
Personalaufwendungen gesamt	196.747.300	193.441.140	-3.306.160

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Allgemeinen Deckungsmitteln:

Die Allgemeinen Deckungsmittel verbessern den Ergebnisplan voraussichtlich mit Mehrerträgen bzw. Minderaufwendungen von rd. 36,2 Mio. €.

Es entfallen auf Steuern rd. 12,6 Mio. €, davon allein auf Gewerbesteuer netto rd. 11,8 Mio. €. Weitere 0,7 Mio. € Mehrerträge erbringen die Aufwandsteuern. Dies ist neben dem konjunkturbedingten Verlauf auch ein Erfolg des Konsolidierungskonzeptes der Hansestadt Lübeck.

Aufgrund der aktuellen, weiterhin günstigen Zinssituation wird mit einer Reduzierung des Zinsaufwands für Kassenkredite von 8,5 Mio. € kalkuliert.

Die Grundstücksverkaufserlöse haben bereits jetzt den Planansatz von 10 Mio. € überschritten. Unter Berücksichtigung einer höheren Abschreibung durch Ablagenabgang von 2 Mio. € und zusätzliche Mehrerträge im Zusammenhang mit dem Gründungsviertel wird mit einer Verbesserung des Budgetergebnisses um 8,5 Mio. € gerechnet.

Aufgrund der positiven Entwicklung der letzten Jahresabschlüsse ist mit reduzierten Erträgen aus der Fehlbetragszuweisung und dem Konsolidierungsfonds zu rechnen. Die konkreten Beträge sind aufgrund noch ausstehender Bescheide nicht bekannt. Eine Größenordnung von 6 Mio. € aus dem Konsolidierungsfonds und 1 Mio. € Fehlbetragszuweisung kann jedoch bei vorsichtiger Schätzung angenommen werden.

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Fachbereichsbudgets

Fachbereich 1: Haushaltsverbesserung insbesondere durch unterjährige Stellenvakanzen und Mehrerträgen aus Säumniszuschlägen

Fachbereich 2: Der Mehraufwand bei den Kosten der Unterkunft wird überkompensiert durch eine höhere flüchtlingsbezogene Bundesbeteiligung. Für den Kurbetrieb entfällt die Verlustzuweisung aufgrund von Ergebnisvorträgen der Vorjahre aus Grundstücksverkäufen. Sinkende Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gehen mit geringerer Landeserstattung einher. Ebenfalls geringere Landeserstattungen gibt es bei der Integrations- und Aufnahmepauschale, während die Aufwendungen für Rückbau und Bewachung von Unterkünften steigen.

Der Fachbereich 3 prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung aufgrund noch nicht abgeschlossener Entgeltverhandlungen im Rettungsdienst. Unterdeckungen werden in Folgejahren ausgeglichen.

Fachbereich 4: Die gesunkenen Fallzahlen und einhergehend die Kostenentwicklung im Bereich 4.510 Familienhilfen/Jugendamt wirken sich ergebnisverbessernd aus. Hinzu kommen Minderaufwendungen bei den Personalkosten.

Der Fachbereich 5 geht derzeit von einer Budgetverschlechterung aus. Neben positiven Effekten durch höhere Gebühreneinnahmen und leicht gesunkenen Personalkosten belastet der Pachtverzicht der LPA gegenüber der LHG nachhaltig das Budget.

Zwischenbericht 2 / 2017**2 Gesamtdarstellung****Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Personalaufwendungen:**

Fachbereich 1: Die Personalkosteneinsparungen wurden insbesondere durch unterjährige Stellenvakanzen in den Bereichen verursacht.

Fachbereich 2 prognostiziert Einsparungen bei den Personalkosten i. H. v. ca. 1,1 Mio. € gegenüber der Planung. Dies ist in erster Linie auf nicht besetzte Planstellen durch erhöhte Fluktuation und krankheitsbedingte Langzeitausfälle zurückzuführen.

Fachbereich 3: Keine Änderungen prognostiziert.

Fachbereich 4: Es entstehen Minderaufwendungen durch Nichtbesetzung von Planstellen, hohe Fluktuation sowie Langzeiterkrankungen, Beschäftigungsverbote (z.B. aufgrund MutterschutzG), Interimswirtschaft und andere längerfristige Vakanzen (Bildungskoordinatoren Neuzugewanderte, Beteiligungsbeauftragter Kinder und Jugendliche, Archäologie und Denkmalpflege, Jugendarbeit, Familienhilfen). Minderaufwendungen ergeben sich auch durch Abweichungen von Personalkostendurchschnittswerten (Planung) und Ist-Werten.

Die Bearbeitung der Stellenbesetzungsverfahren dauert aktuell länger, da die Anzahl der Stellenbesetzungsverfahren durch die demografische Entwicklung laufend zunimmt und die Kapazitäten des POS zurzeit zudem durch die Einführung des Online-Bewerberportals Interamt reduziert sind.

Fachbereich 5: Durch die Anwendung eines pauschalen Fluktuationssatzes bei der Haushaltsplanung 2017 über alle Produkte des FB 5 kommt es nun zu Verschiebungen innerhalb des Fachbereichs. Unter Berücksichtigung der bisherigen Ist-Kosten und der noch ausstehenden Monate wird der Gesamtansatz des FB 5 voraussichtlich ausreichen.

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 1 - Bürgermeister

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
111001 : Verwaltungsleitung	-273.400	-273.400	0	✓	✓	✓	✓
111002 : Leitung, Controlling, Dienste FB 1	-232.200	517.800	750.000	☒	✓	✓	✓
111003 : Management Politische Gremien	-1.605.700	-1.605.700	0	✓	✓	✓	✓
111004 : Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung	-786.800	-786.800	0	✓	✓	✓	✓
111005 : Logistik	-2.163.700	-2.163.700	0	✓	✓	✓	✓
121001 : Statistik und Wahlen	-720.900	-720.900	0	✓	✓	✓	✓
111007 : IT-Architekturmanagement / IT-Service	-7.417.000	-7.417.000	0	✓	✓	✓	✓
111008 : Zentrale Personalarbeit	-4.862.300	-4.862.300	0	✓	✓	☒	✓
111098 : Entgelte und Bezüge	0	0	0	✓	✓	✓	✓
111099 : Versorgung	-722.600	-722.600	0	✓	✓	✓	✓
111006 : Arbeitsschutz	-388.500	-388.500	0	✓	✓	✓	✓
111009 : Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-643.300	-643.300	0	✓	✓	✓	✓
111010 : Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen	-1.086.400	-1.166.400	-80.000	✓	✓	☒	☒
111011 : Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit	-236.600	-236.600	0	✓	✓	✓	☒
111034 : Gesamtpersonalrat	-110.000	-110.000	0	✓	✓	✓	✓
111035 : Personalrat FB 1	-114.300	-114.300	0	✓	✓	✓	✓
111012 : Haushalt und Steuerung	-3.409.400	-3.331.600	77.800	✓	✓	✓	✓
111015 : Steuern	-1.028.700	-1.028.700	0	✓	✓	✓	✓
111014 : Beteiligungscontrolling	-707.200	-945.200	-238.000	☒	✓	✓	✓
573001 : GG Metallhüttengelände mbH	-380.200	-380.200	0	✓	✓	✓	✓
111016 : Buchhaltung und Finanzen	-3.630.200	-3.280.200	350.000	☒	✓	✓	✓
111017 : Rechtsangelegenheiten	-1.053.800	-1.053.800	0	✓	✓	✓	✓
111030 : Passivbesteuerung	-319.600	-319.600	0	✓	✓	✓	✓
Bürgermeister	-31.892.800	-31.033.000	859.800				

- ✓ = keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte
 ☒ = veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 1.010 Fachbereichscontrolling			
Produkt 111002 Leitung, Controlling, Dienste FB 1			
Budgetergebnis	-232.200	517.800	750.000
Personalkosteneinsparungen im Fachbereichsbudget FB 1 insbesondere bedingt durch unterjährige Stellenvakanzen in den Bereichen (Fluktuation).			
Bereich 1.110 Personal- und Organisationservice			
Produkt 111008 Zentrale Personalarbeit			
Leistungen und Ziele			
1 Allgemeine Leistungen (u.a. Bewirtschaftung Versorgungslasten - vgl. Produkt 111099, Hauptsatzung, Stellenplan)			
1.1 Eine Neufassung der Richtlinien zum Betrieblichen Vorschlagswesen ist erarbeitet und liegt abgestimmt vor.			
Die Richtlinie ist erarbeitet und abgestimmt.	100,0%	70,0%	-30,0%
Aufgrund einer Vakanz im betroffenen Team findet die verwaltungsweite Abstimmung erst 2018 statt.			
1.2 Die Vorbereitungen zur Einführung des Moduls Zeitwirtschaft mit Mitarbeiter- und Vorgesetztenportal (KoPers) sind in Abhängigkeit von der Einführungsplanung durch Dataport getroffen.			
Die Vorbereitungen sind abgeschlossen	100,0%	50,0%	-50,0%
Durch unerwartet hohe Fluktuation und damit verbundenen Vakanzen im Projektteam wurde mit den Einführungsarbeiten mit einer ca. 6-monatigen Zeitverzögerung begonnen.			
2 Zentrale Personalsteuerung und -entwicklung			
2.1 Der Entwurf einer neu gefassten Beurteilungsrichtlinie wird erarbeitet.			
Entwurf liegt vor	100,0%	30,0%	-70,0%
Aufgrund anderer inhaltlicher Schwerpunkte können 2017 lediglich die erforderlichen Datengrundlagen sowie die Vorgehensweise erarbeitet werden.			
6 Personalinformation / Daten			
Ein Handbuch für die Personaldatenauswertungen ist für KoPers-Nutzer der Hansestadt Lübeck erstellt.			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 1 - Bürgermeister

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Handbuch liegt vollständig vor.	100,0%	80,0%	-20,0%
Ein Handbuch für die zentralen NutzerInnen (POS) ist erstellt. Ein ergänzendes Handbuch für die dezentralen NutzerInnen (Controllings, Bereiche) kann aufgrund von Stellenvakanzen im zuständigen Team nicht vollständig erstellt werden.			
7 Personalbetreuung			
Die Möglichkeiten des Grundmoduls von KoPers zur Optimierung der Personalbetreuung sind innerhalb des POS erschlossen und werden genutzt.			
Vollständige Nutzung des Grundmoduls	100,0%	80,0%	-20,0%
Die Möglichkeiten des Grundmoduls werden genutzt, soweit eine Optimierung der bisherigen Abläufe damit erreicht werden kann. Abstimmungen zur Optimierung weiterer Programmfunktionen werden über 2017 hinaus weiterlaufen.			
Bereich 1.140 Rechnungsprüfungsamt			
Produkt 111010 Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen			
Leistungen und Ziele			
1 Prüfung der Jahresabschlüsse der HL und der Stiftungen			
Prüfung der Jahresabschlüsse sowie Schlussberichtserstellung			
Berichte Prüfung doppischer Jahresabschlüsse	11	9	-2
Die Anzahl der Berichte wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2017 fehlerhaft geplant. Darüber hinaus erfolgt die Reduzierung zugunsten einer intensiveren Prüfung des Jahresabschlusses 2011.			
4 Prüfung von Belegen, Zahlstellen und Verwendungsnachweisen			
4.1 Softwareunterstützte Prüfung von Kassen- und Rechnungsbelegen (ca. 1 %)			
Prüfung der Kassen- und Rechnungsbelege (%)	1	0,1	-0,9
Die Gesamtzahl der Belege ist deutlich höher als im Rahmen der Haushaltsplanung angenommen. Der Prozentanteil der durch das RPA zu prüfenden Belege ist entsprechend von 1% auf 0,1% zu reduzieren.			
4.2 Prüfung von Kassen, Zahlstellen, Geldannahmestellen sowie Handvorschüssen			
Prüfung des Bereichs Buchhaltung & Finanzen und der Zahlstellen	11	8	-3
Die pflichtigen Prüfungstätigkeiten des RPA umfassen u.a. die Prüfung der Fraktionszuwendungen gem. der Richtlinie über die Gewährung von Fraktionszuwendungen. Um diese Prüfung in 2017 sachgerecht durchführen zu können, wird die Prüfung der Kassen, Zahlstellen, Geldannahmestellen und Handvorschüsse reduziert. Der Planansatz ist für den Haushalt 2018 ff. zu überprüfen.			
Prüfung von Geldannahmestellen und Handvorschüssen	100	50	-50
s.o.			
Strukturdaten			
Schlussbilanzprüfungen (inkl. Stiftungen)	11	6	-5
Die Anzahl der Schlussbilanzprüfungen wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2017 fehlerhaft geplant. Darüber hinaus erfolgt die Reduzierung zugunsten einer intensiveren Prüfung des Jahresabschlusses 2011.			
Bereich 1.160 Frauenbüro			
Produkt 111011 Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit			
Strukturdaten			
Teilnahmen an Vorstellungsgesprächen	40	63	23
Erhöhte Fluktuation auf dem Stellenmarkt.			
Begleitung von Stellenbesetzungsverfahren	280	351	71
s.o.			
Veranstaltungen	8	15	7
Bereich 1.203 Beteiligungscontrolling			
Produkt 111014 Beteiligungscontrolling			
Budgetergebnis	-707.200	-945.200	-238.000
Für die Prüfung von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Lübecker Hafengesellschaft mbH und deren Vereinbarkeit mit EU-Beihilferecht wurde für die wirtschaftliche und rechtliche Beratung eine überplanmäßige Ausgabe von 250 T€ bewilligt.			
Bereich 1.210 Buchhaltung und Finanzen			
Produkt 111016 Buchhaltung und Finanzen			
Budgetergebnis	-3.630.200	-3.280.200	350.000
Durch voraussichtliche Mehrerträge bei den Säumniszuschläge i.H.v. rund 320 T€ und Kostenerstattung für Vollstreckungen von Rundfunkbeiträgen i.H.v. rund 30 T€ ist eine Ergebnisverbesserung entsprechend dem berichteten Jahresergebnis 2016 auch für 2017 zu erwarten.			

Zwischenbericht 2 / 2017**Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales**

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
111018 : Leitung, Controlling, Dienste FB 2	-1.489.300	-1.385.333	103.967	✓	✓	✓	✓
312101 : SGB II	-47.656.000	-45.481.700	2.174.300	☒	✓	✓	✓
312901 : Verwaltung SGB II	-3.566.500	-3.393.200	173.300	☒	✓	✓	✓
312902 : Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse	0	0	0	✓	✓	✓	✓
315002 : Integration in der Hansestadt Lübeck	-274.500	-229.230	45.270	☒	✓	✓	✓
315201 : SeniorInneneinrichtungen	-2.374.300	-2.257.600	116.700	✓	✓	✓	✓
411001 : Krankenhausinvestitionsbeitrag	-3.466.000	-3.466.000	0	✓	✓	✓	✓
418001 : Kurbetrieb Travemünde	-543.100	-100	543.000	☒	✓	✓	✓
535001 : Stadtwerke	-192.000	-192.000	0	✓	✓	✓	✓
575001 : Lübeck u. Travemünde Marketing GmbH	-1.854.600	-1.914.100	-59.500	✓	✓	✓	✓
575002 : Hamburg Marketing GmbH	-10.000	-10.000	0	✓	✓	✓	✓
111019 : Personalrat FB 2	-125.800	-102.100	23.700	☒	✓	✓	✓
111020 : Grundstücksmanagement	-1.519.800	-1.282.000	237.800	☒	✓	✓	✓
511001 : Betreuung Gutachterausschuss	-262.200	-277.600	-15.400	✓	✓	✓	✓
522001 : Kommunaldarlehen	276.100	470.663	194.563	☒	✓	✓	✓
548001 : Bewirtschaftung Flughafen	-447.300	-328.100	119.200	☒	✓	✓	✓
571001 : Wirtschaftsförderung	-598.500	-622.000	-23.500	✓	✓	✓	✓
573002 : Wochen- und Jahrmärkte	-76.000	-99.000	-23.000	☒	✓	✓	✓
311001 : Grundversorgung und Hilfen SGB XII	-29.758.100	-30.554.771	-796.671	☒	✓	✓	☒
313001 : Hilfen für Asylbewerber	-3.510.000	-2.386.200	1.123.800	☒	✓	✓	☒
315001 : Soz. Einrichtungen u. Angebote	-5.655.800	-6.440.700	-784.900	☒	✓	✓	☒
321001 : Leistungen nach dem BundesversorgungsG	-79.400	-100.000	-20.600	☒	✓	✓	✓
331001 : Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege	-3.111.200	-3.154.600	-43.400	✓	✓	✓	✓
343001 : Betreuungsangelegenheiten	-713.200	-562.530	150.670	☒	✓	✓	✓
345001 : Leist. f. Bildung u. Teilhabe	-231.000	-99.500	131.500	☒	✓	✓	✓
351001 : Sonstige soz. Hilfen u. Leistungen	-4.577.400	-4.434.800	142.600	☒	✓	✓	✓
522002 : Öffentlich geförderter Wohnungsbau	-341.300	-93.500	247.800	☒	✓	✓	✓
367003 : Jugendberufshilfe	-600	-600	0	✓	✓	✓	✓
414001 : Gesundheitsamt	-3.695.800	-3.625.739	70.061	✓	✓	☒	☒
Wirtschaft und Soziales	-115.853.600	-112.022.340	3.831.260				

✓ = keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte

☒ = veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 2.020 Fachbereichscontrolling			
Produkt 312101 SGB II			
Budgetergebnis	-47.656.000	-45.481.700	2.174.300
Durch den Wechsel von anerkannten Flüchtlingen vom AsylBLG in den Rechtskreis SGB II steigen die Kosten der Unterkunft (KdU) um ca. 1,5 Mio. EUR. Diese Steigerung wird überkompensiert durch eine höhere Bundesbeteiligung.			
Bereich 2.020 Fachbereichscontrolling			
Produkt 312901 Verwaltung SGB II			
Budgetergebnis	-3.566.500	-3.393.200	173.300
Geringere Personalkosten durch längere Stellenvakanzen.			
Bereich 2.020 Fachbereichscontrolling			
Produkt 315002 Integration in der Hansestadt Lübeck			
Budgetergebnis	-274.500	-229.230	45.270
Geringere Personalkosten durch längere Stellenvakanzen.			
Strukturdaten			
BürgerInnen mit Migrationshintergrund	45.000	50.100	5.100
Eine Anpassung der Strukturdaten wurde im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 versäumt.			

Zwischenbericht 2 / 2017**Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales**

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 2.020 Fachbereichscontrolling Produkt 418001 Kurbetrieb Travemünde			
Budgetergebnis	-543.100	-100	543.000
Die Verlustzuweisung für 2017 (543 T€) wird vom KBT nicht in Anspruch genommen, da die Ergebnisvorträge der Vorjahre aus Grundstücksverkäufen auch den Verlust 2017 in voller Höhe abdecken.			
Bereich 2.182 Personalrat FB 2 Produkt 111019 Personalrat FB 2			
Budgetergebnis	-125.800	-102.100	23.700
Geringere Personalkosten durch langfristige Stellenvakanz.			
Bereich 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften Produkt 111020 Grundstücksmanagement			
Budgetergebnis	-1.519.800	-1.282.000	237.800
Die Verbesserung des Budgetergebnisses ist auf geringere Personalkosten (94 TEUR) und geringere Aufwendungen für Entschädigungsleistungen zurückzuführen.			
Bereich 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften Produkt 522001 Kommunalدارlehen			
Budgetergebnis	276.100	470.663	194.563
Die höheren Zinserträge für gewährte Wohnungsdarlehen wurden im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 nicht angepasst.			
Bereich 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften Produkt 548001 Bewirtschaftung Flughafen			
Budgetergebnis	-447.300	-328.100	119.200
Die Ergebnisverbesserung ist auf die Erstattung für Gerichts- und Anwaltskosten für das EU-Kommissions-Verfahren und dem EUGH-Verfahren (66,8 TEUR) sowie geringere Aufwendungen für Gerichtskosten in 2017 (60TEUR) zurückzuführen.			
Bereich 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften Produkt 573002 Wochen- und Jahrmärkte			
Budgetergebnis	-76.000	-99.000	-23.000
Höhere Personalkosten durch aufgabenbezogene Zuordnung des Personals im Bereich Liegenschaften.			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung Produkt 311001 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII			
Budgetergebnis	-29.758.100	-30.554.771	-796.671
Über alle Produkte des Bereiches 2.500 ergeben sich geringere Personalkosten gegenüber der Planung i. H. v. 760 T€. Dies entspricht 7,3 % der geplanten Personalkosten und ist auf nicht besetzte Stellen zurückzuführen. Durch eine systembedingte Abweichung bei der Planung und Istbuchung von Personalkosten wird das Produkt 311001 zu Gunsten anderer Produkte im Bereich 2.500 mit höheren Personalkosten belastet.			
Strukturdaten			
Fallzahlen stationär (Dauerpflege)	1.450	1.300	-150
s. u. (Bruttoaufwand Hilfe zur Pflege)			
Bruttoaufwand Hilfe zur Pflege, stationär in Mio. EUR	13	10	-3
Aufwandsminderung durch die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes III (u.a. Umstellung auf Pflegegrade und Einführung des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils)			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung Produkt 313001 Hilfen für Asylbewerber			
Budgetergebnis	-3.510.000	-2.386.200	1.123.800
Ergebnisverbesserung insbesondere durch sinkende Leistungen nach dem AsylbewLG mit entsprechend geringerer Landeserstattung, nicht geplante Erträge aus Kostenerstattungen (SGB II u.a. 500 T€) sowie geringere Personalkosten (systembedingt, s.o)			
Strukturdaten			
Leistungsempfänger AsylBLG am 31.12. des Jahres	2.600	1.440	-1.160
Im Rahmen der für 2017 angepassten Haushaltsplanung wurde es versäumt, die Daten der Produkthaushaltsseite anzupassen. Weniger Zuweisungen als geplant.			
Fallzahl AsylBLG am 31.12. des Jahres	1.444	800	-644
Weniger Zuweisungen als geplant.			
Bruttoausgaben gesamt (Mio. EUR)	24	19	-5

Zwischenbericht 2 / 2017**Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales**

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Weniger Zuweisungen als geplant. Berücksichtigt ist in der Hochrechnung noch 1 Mio. EUR Aufwand, der sich ggf. durch Beschlüsse des Sozialausschusses ergeben kann, im Zusammenhang mit dem Antrag, die Wohnsituation zu verbessern.			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 315001 Soziale Einrichtungen und Angebote			
Budgetergebnis	-5.655.800	-6.440.700	-784.900
Ergebnisverschlechterung in Folge geringerer Landeserstattung bei der Integrations- und Aufnahmepauschale i.H. von 693 T€, höhere Aufwendungen für den Rückbau und Bewachung von Unterkünften (764 T€). Geringere Aufwendungen für Personalkosten (siehe Produkt 311001).			
Strukturdaten			
Bruttoausgaben gesamt für das Vorhalten v. Unterkünften f. Spätaussiedler/Ausländer mit besonderem Aufenthaltsstatus	10.784.600	7.905.100	-2.879.500
Der Budget-Ansatz für 2017 ist seinerzeit im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren noch auf 7.140.600 EUR geändert worden. Es wurde jedoch versäumt, den Wert in der Produkthaushaltsseite anzupassen. Erhöhung des Aufwands für Bewachung und Bestreifung aufgrund individueller Anpassung und unvorhersehbarer Aufwand für den Rückbau und die Rückgabe von Flüchtlingsunterkünften.			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 321001 Leistungen nach dem BundesversorgungsgG			
Budgetergebnis	-79.400	-100.000	-20.600
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 343001 Betreuungsangelegenheiten			
Budgetergebnis	-713.200	-562.530	150.670
Geringere Personalkosten durch eine abweichende systembedingte Planung zur tatsächlichen Ist-Buchung (s.o).			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 345001 Leistungen für Bildung und Teilhabe			
Budgetergebnis	-231.000	-99.500	131.500
Geringere Personalkosten durch eine abweichende systembedingte Planung zur tatsächlichen Ist-Buchung (s.o).			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 351001 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen			
Budgetergebnis	-4.577.400	-4.434.800	142.600
Geringere Personalkosten durch eine abweichende systembedingte Planung zur tatsächlichen Ist-Buchung (s.o).			
Bereich 2.500 Soziale Sicherung			
Produkt 522002 Öffentlich geförderter Wohnungsbau			
Budgetergebnis	-341.300	-93.500	247.800
Geringere Personalkosten durch eine abweichende systembedingte Planung zur tatsächlichen Ist-Buchung (s.o).			
Bereich 2.530 Gesundheitsamt			
Produkt 414001 Gesundheitsamt			
Leistungen und Ziele			
2 Kinder- und jugendärztliche Aufgaben			
80 % der Frühförder-Gutachten sind 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt.			
Anteil von Frühförderuntersuchung innerh. von 4 Wochen	80,0%	65,0%	-15,0%
Statt der angestrebten 80% wurden nur 65% erreicht, da 2 Arztstellen und 1 Arzthelferinnenstelle länger nicht besetzt waren bzw. Neueinarbeitung erfolgen musste.			
5 Aufgaben nach Infektionsschutz- und Arzneimittelgesetz (Gesundheitsaufsicht, TBC, AIDS/sexuelle Gesundheit, Belehrungen, med. Katastrophenschutz, Überwachung frei verkäuflicher Arzneimittel außerhalb von Apotheken)			
5.2 Mind. 300 Begehungen bei Einzelhändlern (bezügl. frei verkäuflicher Arzneimittel außerhalb von Apotheken)			
Durchgeführte Begehungen bei Einzelhändlern (bez. frei verkäuf. Arzneimittel)	300	200	-100
Wegen Krankheitsausfall werden voraussichtlich nur 200 Begehungen durchgeführt werden können.			
6 Aufgaben nach Bestattungsgesetz (ordnungsrechtl. Bestattungen, Leichenschau, Todesbescheinigungen)			
Rückforderungen von Kostenpflichtigen aus ordnungsrechtl. in Ersatzvornahme durchgeführten Bestattungen werden in mindestens 60 % der Fälle als Einnahmen realisiert.			
Aufwend. der ordnungsrechtl. Bestattungen gesamt (in EUR)	310.000	295.210	-14.790
Durch Vertragsänderungen konnte die Summe um 87 € pro Fall, entsprechend 14.790 € reduziert werden			
7 Gutachten			
7.2 60 % der Untersuchungen u. Hausbesuche im amtsärztl. Dienst sind innerhalb von 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt			

Zwischenbericht 2 / 2017**Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales**

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Anteil der Untersuchungen/Hausbesuche innerhalb von 4 Wo.	60,0%	48,0%	-12,0%
Statt der angestrebten 60% konnte nur 48% erreicht werden wegen 2 längerfristig nicht besetzter Arztstellen.			
Strukturdaten			
Ausgegebene Bescheinigungen nach Lebensmittelbelehrungen	4.400	4.800	400
Die Zahl der Lebensmittelbelehrungen ist geringfügig niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, das mit insgesamt 4.978 Bescheinigungen abschloss. Zum Jahresende 2017 ist daher mit etwa 4.800 statt geplanten 4.400 Belehrungen zu rechnen.			
amtsärztliche Leichenschauen	2.200	2.400	200
Die Anzahl der ärztlichen Leichenschauen hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weiter erhöht, sodass mit 2.400 Leichenschauen statt bisher geplanten 2.200 Leichenschauen zu rechnen ist.			
Gutachtenaufträge f. Sozialpsychiatrischen Dienst (Neuaufträge)	700	1.050	350
Da statt 368 Neuaufträgen im Jahre 2016 jetzt 564 Neuaufträge im Vergleichszeitraum eingingen (=53% Steigerung), ist zum Jahresende mit ca. 1.050 Neuaufträgen (statt 700 erwartet) zu rechnen.			
Gutachtenaufträge für Asylbewerber	600	150	-450
Die Zahl der Gutachtenaufträge für Asylbewerber hat sich von 219 im 1. und 2. Quartal 2016 auf 101 im 1. und 2. Quartal 2017 verringert. Sollte dieser Trend anhalten, muss am Jahresende von 150 Gutachten anstelle erwarteter 600 Gutachten ausgegangen werden.			

Zwischenbericht 2 / 2017**Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung**

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
111021 : Leitung, Controlling, Dienste FB 3	-626.700	-626.700	0	✓	✓	✓	✓
537001 : EBL (Abfallwirtschaft)	-300	-300	0	✓	✓	✓	✓
538001 : EBL (Abwasserbeseitigung)	-390.100	-390.100	0	✓	✓	✓	✓
545001 : EBL (Straßenreinigung)	-2.512.200	-2.512.200	0	✓	✓	✓	✓
111022 : Personalrat FB 3	-148.400	-148.400	0	✓	✓	✓	✓
122003 : Melde- und Gewerbeangelegenheiten	-3.719.700	-3.719.700	0	✓	✓	✓	✓
122005 : Verkehrsangelegenheiten	1.116.000	1.116.000	0	✓	✓	✓	✓
122006 : Standesamt	-671.900	-671.900	0	✓	✓	✓	✓
126001 : Gefahrenabwehr	-16.818.900	-16.768.500	50.400	✓	✓	✓	✓
127001 : Rettungsdienst	2.659.000	919.900	-1.739.100	☒	✓	✓	✓
128001 : Katastrophenschutz	-512.400	-512.400	0	✓	✓	✓	✓
521001 : Baulicher Brandschutz	-384.600	-384.600	0	✓	✓	✓	✓
122004 : Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	-2.738.200	-2.738.200	0	✓	✓	✓	☒
554001 : Naturschutz und Landschaftspflege	-1.147.900	-1.147.900	0	✓	✓	✓	☒
561001 : Umweltschutzmaßnahmen	-427.800	-427.800	0	✓	✓	✓	✓
555001 : Land- und Forstwirtschaft	-546.200	-592.200	-46.000	✓	✓	✓	✓
Umwelt, Sicherheit und Ordnung	-26.870.300	-28.605.000	-1.734.700				

✓ = keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte

☒ = veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 3.370 Feuerwehr			
Produkt 127001 Rettungsdienst			
Budgetergebnis	2.659.000	919.900	-1.739.100
Seit 01.01.2016 werden die Entgelte aus dem Jahr 2015 unverändert abgerechnet. Die Verhandlung neuer Entgelte des Rettungsdienstes steht an. Eine Abrechnung mit höheren Entgelten erscheint erst ab 2018 realistisch. Unterdeckungen werden in Folgejahren ausgeglichen.			
Bereich 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz			
Produkt 122004 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz			
Strukturdaten			
Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	9.700	11.010	1.310
Anlagenzahlen steigen durch verstärkte Betriebskontrollen u. Betriebserweiterungen.			
wasserrechtliche Bescheide	80	110	30
Anzahl der wasserrechtlichen Bescheide nicht steuerbar. Erhöhung auch aufgrund der erforderlichen Erlaubnis zur Regenwasserversickerung.			
Gefahrenabwehrmaßnahmen	20	40	20
Erhöhung der Gefahrenabwehrmaßnahmen aufgrund häufigerer Einsatzanforderung.			
Bereich 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz			
Produkt 554001 Naturschutz und Landschaftspflege			
Leistungen und Ziele			
1 Aufgaben im Naturschutz			
Es werden mind. 90% der anlassbezogenen ordnungsrechtlichen/naturschutzbehördlichen Pflichtaufgaben erledigt			
Anteil der erledigten Anlässe gegenüber allen Anlässen	90,0%	80,0%	-10,0%
Teamleiterstelle bis 31.07. unbesetzt. Alle anfallenden Arbeiten konnten nicht auf den verbleibenden Mitarbeiterstab verteilt werden.			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 4 - Kultur und Bildung

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
111023 : Leitung, Contr., Dienste FB4	-788.500	-808.100	-19.600	✓	✓	✓	✓
261001 : Theater Lübeck gGmbH	-9.858.000	-9.857.900	100	✓	✓	✓	✓
281001 : Kulturangebote	-1.282.700	-1.282.900	-200	✓	✓	✓	✓
281002 : Nordische Filmtage	-232.300	-241.500	-9.200	✓	✓	✓	✓
361001 : Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen	-7.960.500	-7.944.700	15.800	✓	✓	✓	✓
361002 : Familienservice	0	0	0	✓	✓	✓	✓
361003 : Tagespflege	-9.887.100	-9.855.900	31.200	✓	✓	✓	✓
362001 : Planung Jugendarbeit	0	0	0	✓	✓	✓	✓
362003 : Bildungsfonds	0	0	0	✓	✓	✓	✓
363001 : Planung Jugendhilfe	0	0	0	✓	✓	✓	✓
365001 : Planung und Zuschussung KiTa	-35.465.300	-35.461.600	3.700	✓	✓	✓	✓
367001 : Abwicklung Wakenitzhof	1.800	-9.700	-11.500	☒	✓	✓	✓
424002 : Lübecker Schwimmbäder	-3.821.900	-3.821.500	400	✓	✓	✓	✓
573003 : Lübecker MuK GmbH	-2.785.900	-2.785.500	400	✓	✓	✓	✓
251001 : Die Lübecker Museen	-4.598.500	-4.530.400	68.100	✓	✓	✓	✓
111024 : Personalrat FB 4	-240.200	-245.370	-5.170	✓	✓	✓	✓
211001 : Grundschulen	-8.025.100	-8.545.000	-519.900	☒	✓	✓	✓
216101 : Grund- und Regionalschulen	-20.900	-20.900	0	✓	✓	✓	✓
217001 : Gymnasien	-6.858.400	-6.813.700	44.700	✓	✓	✓	✓
218101 : Gesamtschulen	-900	-900	0	✓	✓	✓	✓
218201 : Gemeinschaftsschulen	-13.112.900	-13.016.300	96.600	✓	✓	✓	✓
221001 : Förderzentren	-4.308.200	-3.751.100	557.100	☒	✓	✓	✓
233001 : Berufsschulen	-8.629.400	-8.271.100	358.300	☒	✓	✓	✓
241001 : Schülerbeförderung	-612.400	-560.600	51.800	✓	✓	✓	✓
243001 : Allgemeine Schulträgeraufgaben	-2.431.700	-1.289.000	1.142.700	☒	✓	✓	✓
243002 : Angebote der Ganztagsbetreuung	-2.104.800	-2.497.900	-393.100	☒	✓	✓	✓
421001 : Förderung des Sports	-491.800	-509.770	-17.970	✓	✓	✓	✓
424001 : Sportstätten	-7.281.500	-7.604.000	-322.500	☒	✓	✓	✓
424003 : Bark Passat/Passathafen	-1.253.900	-1.026.700	227.200	☒	✓	✓	✓
242001 : Schneiderei BALI/JAW	-233.200	-155.300	77.900	☒	✓	✓	✓
243003 : Bildungsfonds	-427.700	-2.200	425.500	☒	✓	✓	✓
271001 : VHS Lübeck	-693.300	-503.400	189.900	☒	✓	✓	✓
111025 : Archiv	-893.400	-900.380	-6.980	✓	✓	✓	✓
272001 : Stadtbibliothek	-4.158.000	-4.054.400	103.600	✓	✓	✓	✓
523001 : Archäologie und Denkmalpflege	-1.767.900	-1.568.500	199.400	☒	✓	✓	✓
341001 : Unterhaltsvorschuss	-428.500	-450.900	-22.400	✓	✓	✓	✓
363002 : Jugendhilfe	-35.533.500	-34.504.100	1.029.400	☒	✓	✓	✓
365002 : Betreuung in Kindertageseinr.	-4.679.600	-5.404.200	-724.600	☒	✓	✓	✓
362002 : Jugendarbeit	-4.795.200	-4.340.400	454.800	☒	✓	✓	✓
366001 : Jugendfreizeiteinrichtungen	-1.071.100	-1.105.400	-34.300	✓	✓	✓	✓
367002 : Kriminalprävention	-49.900	-48.500	1.400	✓	✓	✓	✓
Kultur und Bildung	-186.782.300	-183.789.720	2.992.580				



= keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte



= veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 4.040 Fachbereichs-Controlling			
Produkt 367001 Abwicklung Wakenitzhof			
Budgetergebnis	1.800	-9.700	-11.500
Abweichung Durchschnittswerte / Istwerte			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 4 - Kultur und Bildung

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 211001 Grundschulen			
Budgetergebnis	-8.025.100	-8.545.000	-519.900
Für die Produkte im Bereich Schule und Sport gilt: Die Personalkosten werden über Vorkostenstellen abgerechnet, was unter einzelnen Produkten zu Abweichungen führen kann. Für 2018 und im Zuge der Weiterentwicklung der BAB werden die Verrechnungsschlüssel und Kostenstellenzuordnungen überprüft. Daneben ergeben sich durch Fluktuation, Stellenvakanzen sowie Abweichungen von den Personalkostendurchschnittswerten weitere Effekte.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 221001 Förderzentren			
Budgetergebnis	-4.308.200	-3.751.100	557.100
S.O.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 233001 Berufsschulen			
Budgetergebnis	-8.629.400	-8.271.100	358.300
S.O.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 243001 Allgemeine Schulträgeraufgaben			
Budgetergebnis	-2.431.700	-1.289.000	1.142.700
S.O. Auf der Ertragsseite führen verbesserte Landesmittelzuweisungen für schulische Assistenz und Schulsozialarbeit sowie die Einwerbung projektgebundener Drittmittel (Projekt Neuzugewanderte) zu einer Budgetverbesserung.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 243002 Angebote der Ganztagsbetreuung			
Budgetergebnis	-2.104.800	-2.497.900	-393.100
S.O. Mindererträge bei Landesmittelzuweisungen ergeben sich aus der Tatsache, dass zunehmend die Angebotsträger selbst die Landesmittel beantragen und diese Mittel sich damit nicht mehr im städtischen Haushalt abbilden.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 424001 Sportstätten			
Budgetergebnis	-7.281.500	-7.604.000	-322.500
S.O.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 424003 Bark Passat/Passathafen			
Budgetergebnis	-1.253.900	-1.026.700	227.200
S.O.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 242001 Schneiderei BALI/JAW			
Budgetergebnis	-233.200	-155.300	77.900
S.O.			
Bereich 4.401 Schule und Sport			
Produkt 243003 Bildungsfonds			
Budgetergebnis	-427.700	-2.200	425.500
Die Pauschalerstattungen des JobCenter und des Bereichs Soziale Sicherung für die Handlungsfelder Essen, Ausflug und Klassenfahrt waren im Haushalt 2017 zu niedrig kalkuliert. Eine Anpassung der Haushaltsplanung 2018 ist erfolgt.			
Bereich 4.403 VHS Lübeck			
Produkt 271001 VHS Lübeck			
Budgetergebnis	-693.300	-503.400	189.900
Leichte Verbesserung durch Vakanzen, weniger Honorare und Abweichung Durchschnittswerte/Ist-Werte			
Bereich 4.491 Archäologie und Denkmalpflege			
Produkt 523001 Archäologie und Denkmalpflege			
Budgetergebnis	-1.767.900	-1.568.500	199.400
1. Ergebnisverbesserung in Folge geringerer Personalkosten (Stellenvakanzen durch langfristige Erkrankung) 2. Bereitstellung von Drittmitteln.			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 4 - Kultur und Bildung

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 4.510 Jugendamt - Familienhilfen			
Produkt 363002 Jugendhilfe			
Budgetergebnis	-35.533.500	-34.504.100	1.029.400
Durch eine gezielte Steuerung im stationären Bereich der Jugendhilfe sowie aufgrund des Rückgangs der Fallzahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge konnten die Ausgaben im Bereich 4.510 um 4,5 Mio. Euro reduziert werden, jedoch werden weniger Einnahmen erzielt.			
Bereich 4.511 Städtische Kindertageseinrichtungen			
Produkt 365002 Betreuung in Kindertageseinr.			
Budgetergebnis	-4.679.600	-5.404.200	-724.600
Verschlechterung trotz hoher Fluktuation/Vakanzen durch Abweichung von Durchschnittswerten und Ist-Werten nach Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst (Neufassung Entgeltgruppen)			
Bereich 4.513 Jugendamt - Jugendarbeit			
Produkt 362002 Jugendarbeit			
Budgetergebnis	-4.795.200	-4.340.400	454.800
Geringere Personalkosten durch Stellenvakanzen (Jugendzentrum, Moising, Burgtor, Nachbarschaftsbüro, Beteiligungsbeauftragter)			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 5 - Planen und Bauen

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
111026 : Leitung, Controlling, Dienste FB 5	-741.500	-735.100	6.400	✓	✓	✓	✓
522003 : Grundstücksges. Trave mbH	471.600	471.600	0	✓	✓	✓	✓
111027 : Personalrat FB 5	-233.600	-253.300	-19.700	✓	✓	✓	✓
511003 : Stadtplanung und -entwicklung	-6.519.500	-6.465.100	54.400	✓	✓	✓	✓
547001 : Aufgabenträgerschaft ÖPNV	-483.300	-486.600	-3.300	✓	✓	☒	☒
521002 : Bauaufsicht	-11.200	262.800	274.000	☒	✓	✓	✓
111029 : Gebäudemanagement	718.100	1.436.500	718.400	☒	✓	✓	✓
122007 : Straßenverkehrsbehörde	50.100	24.100	-26.000	☒	✓	✓	✓
541001 : Gemeindestraßen	-20.885.400	-21.048.100	-162.700	☒	✓	✓	✓
542001 : Kreisstraßen	-4.747.800	-4.803.100	-55.300	✓	✓	✓	✓
543001 : Landesstraßen	-878.200	-888.800	-10.600	✓	✓	✓	✓
544001 : Bundesstraßen	-2.338.800	-2.358.300	-19.500	✓	✓	✓	✓
573004 : Werbeeinrichtungen, Parkplätze	2.815.600	2.814.300	-1.300	✓	✓	✓	✓
551001 : Grün- und Landschaftsbau	-9.776.500	-10.023.400	-246.900	☒	✓	✓	✓
553001 : Friedhofs- u. Bestattungswesen	-1.388.900	-1.514.300	-125.400	☒	✓	✓	✓
122002 : Hafen- und Seemannsamt	-282.000	-260.500	21.500	✓	✓	✓	✓
552001 : Wasser und Hafen	-2.209.700	-3.999.900	-1.790.200	☒	✓	☒	✓
Planen und Bauen	-46.441.000	-47.827.200	-1.386.200				

✓ = keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte

☒ = veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Bereich 5.610 Stadtplanung und Bauordnung			
Produkt 547001 Aufgabenträgerschaft ÖPNV			
Leistungen und Ziele			
1 Planung (Grundsatz- und Rahmenplanung)			
Maßnahmen/-projekte aus dem Realisierungskonzept des 3. Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) werden geplant / bearbeitet			
Liegen vor	100,0%	50,0%	-50,0%
Änderung der Prioritäten auf folgende Aufgaben: Aufbau Haltestellenmanagement, Aufstellen des 4. RNVP, Fortsetzung der Direktvergabe			
3 Gestaltung und Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)			
Maßnahmen z. Verbesserung u. Steuerung d. ÖPNV-Angebotes werden initiiert, unterstützt und begleitet			
Maßnahmen wurden unterstützt	100,0%	60,0%	-40,0%
S.o.			
4 Steuerung von Schienenpersonennahverkehrsprojekten (SPNV-Projekte)			
Maßnahmen z. Planung und Realisierung v. SPNV-Projekten werden koordiniert und unterstützt			
Koordination ist erfolgt	100,0%	60,0%	-40,0%
S.o.			
Strukturdaten			
Arbeitskreissitzungen (Lübeck, Umland u. Land)	50	30	-20
Anfragen, Verkehrserhebungen, Stellungnahmen	15	5	-10
Berichte und Vorlagen für die Gremien	3	4	1
Bereich 5.610 Stadtplanung und Bauordnung			
Produkt 521002 Bauaufsicht			
Budgetergebnis	-11.200	262.800	274.000
Ausgelöst durch die verstärkten Bautätigkeiten werden höhere Gebühreneinnahmen erzielt als erwartet. Dem gegenüber stehen im anteiligen Verhältnis höhere Kosten für Sachverständige.			
Bereich 5.651 Gebäudemanagement			
Produkt 111029 Gebäudemanagement			

Zwischenbericht 2 / 2017

Fachbereich 5 - Planen und Bauen

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Budgetergebnis	718.100	1.436.500	718.400
Abweichung bei den Personalkosten			
Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr			
Produkt 122007 Straßenverkehrsbehörde			
Budgetergebnis	50.100	24.100	-26.000
Abweichung bei den Personalkosten			
Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr			
Produkt 541001 Gemeindestraßen			
Budgetergebnis	-20.885.400	-21.048.100	-162.700
Abweichung bei den Personalkosten			
Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr			
Produkt 551001 Grün- und Landschaftsbau			
Budgetergebnis	-9.776.500	-10.023.400	-246.900
Abweichung bei den Personalkosten			
Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr			
Produkt 553001 Friedhofs- und Bestattungswesen			
Budgetergebnis	-1.388.900	-1.514.300	-125.400
Bereich 5.691 Lübeck Port Authority			
Produkt 552001 Wasser und Hafen			
Budgetergebnis	-2.209.700	-3.999.900	-1.790.200
Verzicht auf Pachtzahlungen der LHG im Rahmen der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der LHG entsprechend des BÜ-Beschlusses vom 29.06.2017			
Leistungen und Ziele			
1 Hafenentwicklungsplanung			
Aufstellen eines neuen Hafenentwicklungsplanes gemäß Bürgerschaftsbeschluss			
Fertigstellung Hafenentwicklungsplan	20,0%	10,0%	-10,0%
Im Rahmen der Bearbeitung des Hafenentwicklungsplanes 2030 ergab sich Bedarf an weiteren Grundlageninformationen, wie z.B. Marktanalyse Lübecker Hafen, u.a.m. Deswegen erfolgt die Fertigstellung 2017 insgesamt nur zu 90%.			
2 Planung und Durchführung von Wasser-, Hafenbau- und Hafenbahnprojekten			
2.1 Sach- u. termingerechte Durchführung und Abschluss der investiven Baumaßnahme Erneuerung Spundwand Priwallfähre Nordseite			
Fertigstellungsgrad bis 06/2017	100,0%	10,0%	-90,0%
2.2 Sach- und termingerechte Durchführung und Abschluss der investiven Baumaßnahme Erneuerung Spundwand Anleger 4 Vorwerker Hafen			
Fertigstellungsgrad bis 12/2017	100,0%	10,0%	-90,0%

Zwischenbericht 2 / 2017

Allgemeine Finanzwirtschaft

Budgets der Produkte (in EUR)	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017	Budget	Leistungs-katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur-daten
535002 : Konzessionsabgaben	12.600.000	12.600.000	0	✓	✓	✓	✓
611001 : Steuern, allgemeine Zuweisungen, allg. Umlagen	403.483.000	422.641.000	19.158.000	☒	✓	✓	✓
612001 : Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-24.438.900	-15.888.900	8.550.000	☒	✓	✓	✓
612002 : Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand	-24.696.700	-24.696.700	0	✓	✓	✓	✓
612003 : Grundstücksan- und -verkäufe	6.345.800	14.822.800	8.477.000	☒	✓	✓	✓
612004 : Pauschalierte zahlungswirksame Vorgänge	0	0	0	✓			
Allgemeine Finanzwirtschaft	373.293.200	409.478.200	36.185.000				

✓ = keine Veränderung bzw. Veränderung unterhalb der berichtsrelevanten Schwellenwerte

☒ = veränderte Prognose, nähere Informationen siehe unten (Erläuterungen zu den Veränderungen bei den einzelnen Produkten)

Wesentliche Abweichungen	Urbudget 2017	Prognose 31.08.2017	Abw. Urbudget/ Prognose 31.08.2017
Produkt 611001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen			
Budgetergebnis	403.483.000	422.641.000	19.158.000
Es entfallen auf Steuern rd. 12,16 Mio. €, davon allein auf Gewerbesteuer netto rd. 11,8 Mio. €. Weitere 0,5 Mio. € erbringt die Vergnügungssteuer sowie je 0,1 Mio. € die Hunde- und die Zeitwohnungssteuer. In der Prognose enthalten sind geschätzte Erträge aus der Konsolidierungshilfe in Höhe von 6 Mio. € und aus der Fehlbetragszuweisung in Höhe von 1 Mio. €.			
Produkt 612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			
Budgetergebnis	-24.438.900	-15.888.900	8.550.000
Aufgrund der aktuellen, weiterhin günstigen Zinssituation wird mit einer Reduzierung des Zinsaufwands in Höhe von 8,5 Mio. € kalkuliert.			
Produkt 612003 Grundstücksan- und -verkäufe			
Budgetergebnis	6.345.800	14.822.800	8.477.000
Die Grundstücksverkaufserlöse haben bereits jetzt den Planansatz von 10 Mio. € überschritten. Damit verbunden ist eine höhere Abschreibung durch Anlagenabgang in Höhe von 2 Mio. €. Weiter sind Mehrerträge in Höhe von 0,46 Mio. € durch Reservierungsentgelte und Restkaufpreise aus dem Gründungsviertel zu verzeichnen.			



► Nr. VO/2017/05318
öffentlich

Lübeck, 19.09.2017

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Dennis Bössow (E-Mail: dennis.boessow@luebeck.de Telefon: 122 - 2051)

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2017 - 1. Halbjahr

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
30.11.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Berichterstattung gem. § 4 der Haushaltssatzung 2017

Verfahren:

Beteiligte Bereiche: FB 1-5 gem. Anlage

Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt: ☐ Ja
☒ Nein

Begründung:

Die Maßnahme ist: ☐ Neu
☐ Freiwillig
☒ vorgeschrieben durch: gem. §§ 95d und 95f
GO sowie § 4 Haushaltssatzung 2017

Finanzielle Auswirkungen: ☒ Nein
☐ Ja (Anlage 1)

Bericht:

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen für Folgejahre (VE) zu berichten.

Im 1. Halbjahr 2017 wurden **gesamtstädtisch**

im konsumtiven Teil (Ergebnisplan)	
über- und außerplanmäßiger Aufwendungen von insgesamt	439.398,81 EUR,
im investiven Teil (Finanzplan)	
über- und außerplanmäßigen Auszahlungen von insgesamt	370.625,48 EUR,
in den Haushalten der Stiftungen	
über- und außerplanmäßigen Auszahlungen von insgesamt	13,00 EUR,

zugestimmt.

Die sich für die Fachbereiche ergebenden über- und außerplanmäßigen Bewilligungen sind nebst Begründungen der beigefügten Anlage zu entnehmen. Ab einer Einzelfallsumme von 5.000 EUR wird detailliert berichtet. Für alle diese Grenze unterschreitenden Fälle wird eine Gesamtsumme mit den dazugehörigen Fallzahlen abgebildet.

Anlagen :

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen

- 1 – Einzelaufstellung **Konsumtiver** Haushalt nebst Begründung
- 2 – Einzelaufstellung **Investiver** Haushalt nebst Begründung
- 3 – Geringbeträge (<5.000 EUR)

Bürgermeister Bernd Saxe

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			1.140 - Rechnungsprüfungsamt							
			Produktnr. 111010 Prüfungen, Gutachten,							
1	1/1 22.12.2016	111010 000 5431009 18.000,00	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen / Gutachten	20.000,00	ü		111012 000 5431007 200.000,00	Haushalt und Steuerung / Sachverständigen-, Gerichts und ähnliche Kosten	20.000,00	Für eine dringend notwendige externe Sonderprüfung.
2	1/2 17.03.2017	111010 000 5431009 18.000,00	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen / Gutachten	20.000,00	ü		111006 000 5431007 132.000,00	Arbeitsschutz / Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	16.000,00	Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen sind kostenpflichtige Saldenbestätigungen von Kreditinstituten anzufordern.
							111008 000 5456000 382.000,00	Zentrale Personalarbeit / Erstattung für Aufwendungen von Dritten sonstige öffentliche Sonderrechnungen	4.000,00	
3	1/7 29.06.2017	111010 000 5431009 18.000,00	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen / Gutachten	40.000,00	ü		611001 000 4013000 81.200.000,00	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / Gewerbesteuer	40.000,00	
			1.203 - Beteiligungscontrolling							
			Produktnr. 111014 Beteiligungscontrolling							
4	1/6 22.06.2017	111014 000 5431007 156.500,00	Beteiligungscontrolling / Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	120.000,00	ü		111012 000 5431007 200.000,00	Haushalt und Steuerung / Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	50.000,00	Kosten für wirtschaftliche und rechtliche Beratung für mögliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Lübecker Hafengesellschaft (LHG) sowie zusätzliche Kosten für Gutachtenerstellung.
		111014 000 5431009 30.000,00	Beteiligungscontrolling / Gutachten	130.000,00	ü		111016 000 5431001 23.000,00	Buchhaltung und Finanzen / Reisekostenvergütung	5.000,00	
							111016 000 5431010 85.000,00	Buchhaltung und Finanzen / Kontoführungsgebühren	5.000,00	
							611001 000 4013000 81.200.000,00	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / Gewerbesteuer	190.000,00	
			Gesamt	330.000,00						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			2.020 - Fachbereichscontrolling							
			ProduktNr. 315002 Integration in der HL							
1	3/1 09.01.2017	315002 000 5458000 0,00	Integration in der HL / Erstattung für Aufwendungen von Dritten übrige Bereiche	10.000,00	a	z	315002 000 5318001 75.000,00	Integration in der Hansestadt Lübeck / Zuschüsse für laufende Zwecke sozialer oder ähnlicher Einrichtungen	10.000,00	Für Übersetzungsleistungen sozialer oder ähnlicher Einrichtungen.
2	3/2 09.01.2017	315002 000 5421000 0,00	Integration in der HL / Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	20.000,00	a		315001 000 4481000 3.073.700,00	Soziale Einrichtungen und Angebote / Erträge aus Kostenerstattung Land	20.000,00	Für Aufwandsentschädigungen und Sachkosten im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleitung.
			ProduktNr. 575001 Lübeck und Travemünde Marketing GmbH							
3	5/2 31.01.2017	575001 000 5455000 0,00	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH / Erstattung für Aufwendungen von Dritten verbundene Unternehmen	43.490,00	a	z	575001 000 4148001 0,00	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH / Spenden für laufende Zwecke übrige Bereiche	43.490,00	Weiterleitung einer Spende der Possehl-Stiftung für den Lübecker Eiszauber 2017 an die LTM.
			Gesamt	73.490,00						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			4.040 - Fachbereichscontrolling							
			Produktnr. 365001							
			Planung und Bezuschussung KiTa							
1	3/4 01.06.2017	365001 000 5291002 0,00	Planung und Bezuschussung KiTa / Aufwand für Werbung, Information, Dokumentation	13.000,00	a		365001 000 5318001 40.700.000,00	Planung und Bezuschussung KiTa / Zuschüsse für laufende Zwecke sozialer oder ähnlicher Einrichtungen	13.000,00	Für den Nachdruck des Familienwegweisers, da die vorrätigen Exemplare vergriffen sind.
			Gesamt	13.000,00						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			5.651 - Gebäudemanagement							
			ProduktNr. 111029 Gebäudemanagement							
1	1/4 17.05.2017	111029 000 5241004 3.802.400,00	Gebäudemanagement / Sonstige Bewirtschaftungskosten der Grundstücke	13.100,00	ü		122003 000 5241000 60.000,00	Melde- und Gewerbeangelegenheiten / Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.900,00	Kosten für den Einsatz eines Wachdienstes im Meesenring 7 und in der Dr.-Julius-Leber-Str. 46-50.
							122005 000 5241000 12.000,00	Verkehrsangelegenheiten / Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.200,00	
			Gesamt	13.100,00						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			1.203 - Beteiligungscontrolling							
			Produktnr. 111014 Beteiligungscontrolling							
1	1/25 08.05.2017	111014 999 7831000 0,00	Beteiligungscontrolling / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	18.792,00	a		111007 999 7831000 750.000,00	IT-Architektur / IT-Service / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	18.792,00	Zur Durchführung des bewilligten IT- Antrages vom 19.07.2016 mit Ergänzungsvereinbarung für eine Testversion vom 07.03.2017 (Beschaffung einer Software für Beteiligungsmanagement) werden Mittel benötigt.
			Gesamt	18.792,00						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz							
			Produktnr. 554001							
			Naturschutz und Landschaftspflege							
1	5/19 05.04.2017	554001 999 7831000 100,00	Naturschutz und Landschaftspflege / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	7.973,00	ü		111007 999 7831000 750.000,00	IT-Architektur / IT-Service / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	7.973,00	Anschaffungskosten für Fachsoftware (KOMVOR- Anlagenverwaltung / Erweiterung).
2	5/34 12.05.2017	554001 999 7831000 5.000,00	Naturschutz und Landschaftspflege / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	5.622,75	ü		111007 999 7831000 1.000.000,00	IT-Architektur / IT-Service / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	5.622,75	Anschaffungskosten für Fachsoftware (KOMVOR- Anlagenverwaltung / Erweiterung).
			Gesamt	13.595,75						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			4.040 - Fachbereichscontrolling							
			Produktnr. 365001 Planung und Bezuschussung KiTa							
1	3/13 18.07.2017	365001 999 7818000 0,00	Planung und Bezuschussung KiTa / Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen übrige Bereiche	5.000,00	a		365002 999 7853000 50.000,00	Betreuung in KiTa / Sonstige Baumaßnahmen	5.000,00	Auf Grund des Kommunalinvestitionsförderungsges etzes benötigt der Bereich finanzielle Förderung von Kindertageseinrichtungen; Mittel für die Deckung des notwendigen Kommunalanteils.
			4.401 - Schule und Sport							
			Produktnr. 211001 Grundschulen							
2	2/8 12.05.2017	211001 999 7832000 112.300,00	Grundschulen / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 150 - 1.000 Euro	30.500,00	ü		111029 187 7851000 R 400.000,00	Gebäudemanagement / Schule Groß Steinrade / Umbau / Hochbaumaßnahme	30.500,00	Sanierungsmaßnahme Groß Steinrade. Ausgaben für das Inventar. Kosten bisher beim GMHL geordnet. Da die Ausgaben und die Inventarisierung bei den einzelnen Bereichen liegt, müssen die Mittel umgeschichtet werden.
			Produktnr. 424001 Sportstätten							
3	4/3 08.05.2017	424001 999 7853000 0,00	Sportstätten / Sonstige Baumaßnahmen	19.500,00	a		424003 085 7853000 R 19.500,00	Bark Passat / Passathafen / Erneuerung Passatbrücke / Sonstige Baumaßnahmen	19.500,00	Durch die Bauarbeiten im Zuge des Projektes Priwall Waterfront muss ein neuer Behelfszeltplatz für die Segler geschaffen werden, damit diese im Rahmen der TW 2017 untergebracht werden können.
			Produktnr. 424003 Bark Passat / Passathafen							
4	4/2 22.02.2017	424003 999 7831000 5.000,00	Bark Passat / Passathafen / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	13.690,95	ü		111007 999 7831000 750.000,00	IT-Architektur / IT-Service / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	13.690,95	Anschaffungskosten für Fachsoftware (hier: Marina Manager). Die Beschaffung erfolgte bereits in 2016, Rechnungsdatum 28.12.2016.

Ifd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
5	4/6 23.05.2017	424003 999 7831000 5.000,00	Bark Passat / Passathafen / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	8.517,00	ü		552001 086 7851000 R 1.002.721,00	Wasser und Hafen / Priwall-WF / TB 1 / Hochbaumaßnahmen	8.517,00	Inventargegenstände sind vom Bereich Schule und Sport inventarisiert worden. Die Anschaffung für das Hafenmeisterhaus müssen nun beglichen werden. Da der Bereich Schule und Sport nicht über ausreichend Mittel verfügt erfolgt die Deckung aus dem genannten PSK.
6	4/8 31.05.2017	424003 999 7832000 5.000,00	Bark Passat / Passathafen / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 150 bis 1.000 Euro	5.829,00	ü		218201 002 7832000 R 26.909,00	Gemeinschaftsschulen / St. Jürgen / Biologie / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 150 bis 1.000 Euro	5.829,00	Kosten für die Einrichtung des Hafenmeisterhauses übersteigen den bislang veranschlagten Betrag.
			Gesamt	83.036,95						

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			5.651 - Gebäudemanagement							
			Produktnr. 111029 Gebäudemanagement							
1	1/18 04.04.2017	111029 330 7851000 0,00	Gebäudemanagement / Sanierung Pavillon Overbeckgesellschaft / Hochbaumaßnahme	45.000,00	a	z	111029 330 6818000 0,00	Gebäudemanagement / Sanierung Pavillon Overbeckgesellschaft / Investitionszuschüsse übrige Bereiche	45.000,00	Spende in Höhe von 45T€ vom Verein von Kunstfreunden e.V. Tochtergesellschaft der Gemeinnützigen. Damit erste Aufträge zur Erstellung der EW Bau erteilt werden können, werden Mittel benötigt.
2	1/22 06.04.2017	111029 271 7851000 700.000,00	Gebäudemanagement / VW Gebäude Fackenburger Allee 27-29 / Umbau und Sanierung / Hochbaumaßnahme	8.330,00	ü		111007 999 7831000 750.000,00	IT-Architektur / IT-Service / Erwerb bewegliches Anlagevermögen > 1.000 Euro	8.330,00	Für die Erweiterung der Brandmeldeanlage und für die Verbreiterung eines Zugangs im Verwaltungsgebäude Fackenburger Allee 27 werden weitere Haushaltsmittel benötigt. Die Mittelverstärkung ist mit 1.105 abgestimmt worden.
3	1/27 12.05.2017	111029 425 7851000 0,00	Gebäudemanagement / VW Gebäude historisches Rathaus Sanierung Eingangstür / Hochbaumaßnahme	13.000,00	a	z	111029 425 6817000 0,00	Gebäudemanagement / VW Gebäude historisches Rathaus Sanierung Eingangstür / Investitionszuschüsse private Unternehmen	13.000,00	Spende von der Engelbert und Hertha Albers Stiftung für die Reinigung der beschnittenen Holzoberflächen an der Eingangstür des historischen Rathauses.
			5.660 - Stadtgrün und Verkehr							
			Produktnr. 542001 Kreisstraßen							
4	5/38 06.06.2017	542001 678 7852000 R 0,00	Kreisstraßen / Wisbystraße / Tiefbaumaßnahme	97.000,00	a		541001 716 7852000 R 0,00	Gemeindestraßen / Kostenbeteiligung EBL Fehlingstr. 2. BA / Tiefbaumaßnahmen	97.000,00	Im Projekt Wisbystraße haben sich durch unvorhergesehene Leistungen Mehrkosten ergeben, die durch den ursprünglichen Mittelansatz nicht gedeckt waren. Für die Fehlingstraße werden nur noch 14.470€ benötigt.

lfd. Nr.	Vfg. vom	Bewilligung zum Produktsachkonto		Betrag €			Deckung aus dem Produktsachkonto		Betrag €	unabweisbare Maßnahme Anlass, Begründung
		Konto Urbudget/€	Bezeichnung				Konto Urbudget/€	Bezeichnung		
			Produktnr. 543001 Landesstraßen							
5	5/24 13.04.2017	543001 047 7852000 85.000,00	Landesstraßen / L182 Marlistraße / Tiefbaumaßnahmen	30.000,00	ü		542001 133 7852000 R 0,00	Kreisstraße / K25 Knoten Lohmühle / Tiefbaumaßnahmen	30.000,00	Aufgrund der Vorgaben durch die Straßenverkehrsbehörde und der Polizei mussten die Fahrbahnsanierungsarbeiten für das Wochenende vorgesehen und in der Ausschreibung entsprechend berücksichtigt werden. Das hat zur Folge, dass die eingegangenen Angebote 30T€ über der Kostenschätzung liegen und die eingestellten Mittel in Höhe von 85T€ nicht ausreichend sind.
			5.691 - Lübeck Port Authority (LPA)							
			Produktnr. 552001 Wasser und Hafen							
6	5/23 11.04.2017	552001 555 7852000 0,00	Wasser und Hafen / Skandinavienkai / Anleger 4 / Erneuerung Hochfender / Tiefbaumaßnahmen	55.000,00	a		552001 545 7852000 100.000,00	Wasser und Hafen / Skandinavienkai / Verlängerung Anleger 3-4 / Tiefbaumaßnahmen	55.000,00	Zwei Hochfender sollen im Rahmen der Unterhaltung am Skandikai versetzt und zwei neue Hochfender als Investitionsmaßnahme neu hergestellt werden. Damit die Schiffe nach dem Umbau fristgerecht abgefertigt werden können, ist jetzt mit der Umsetzung zu beginnen.
7	5/49 27.06.2017	552001 555 7852000 0,00	Wasser und Hafen / Skandinavienkai / Anleger 4 / Erneuerung Hochfender / Tiefbaumaßnahmen	10.000,00	a		552001 817 7852000 R 36.909,00	Wasser und Hafen / Hafenumgehungsbahn km 4,37 - 4,57 / Tiefbaumaßnahmen	10.000,00	Die Erhöhung der Mittel auf dem PSK 552001 555 7852000 um 10T€ ist erforderlich, um den Auftrag für den Stahlbau der Fenderkonstruktion, sowie die Lieferung von Fenderelementen zu erteilen. Die Mittel werden bei PSK 552001 817 7852000 R nicht mehr benötigt. Schlussrechnung liegt bereits vor. Die verbleibenden Mittel sollen zur Deckung der Mehrkosten bei der Maßnahme 555 bereitgestellt werden.
			Gesamt	248.330,00						

**Geringbeträge (< 5.000 EUR) üpl. / apl. Bewilligungen
1. Halbjahr 2017**

Lfd. Nr.	Vfg.-Nr. vom	Bereich	Summe
Fachbereich 1 - konsumtiv			
1	1/5 23.05.17	1.210	1.000,00
Ergebnis FB 1 / kon:			1.000,00
Fachbereich 1 - investiv			
2	1/16 04.04.17	1.140	400,00
3	1/39 30.06.17	1.203	400,00
Ergebnis FB 1 / inv:			800,00
Fachbereich 2 - konsumtiv			
4	3/3 17.02.17	2.000	800,00
5	3/5 21.06.17	2.000	1.290,91
Ergebnis FB 2 / kon:			2.090,91
Fachbereich 3 - investiv			
6	1/21 06.04.17	3.322 3.327	2.200,00
7	5/17 04.04.17	3.390	928,20
Ergebnis FB 3 / inv:			3.128,20
Fachbereich 4 - konsumtiv			
8	5/1 19.01.17	4.040	4.517,90
Ergebnis FB 4 / kon:			4.517,90
Fachbereich 4 - investiv			
9	3/7 30.06.17	4.511	735,67
Ergebnis FB 4 / inv:			735,67
Fachbereich 5 - konsumtiv			
10	1/3 04.04.17	5.185	1.200,00
Ergebnis FB 5 / kon:			1.200,00
Fachbereich 5 - investiv			
11	1/34 24.05.17	5.651	1.611,05
12	1/40 05.07.17	5.651	595,86
Ergebnis FB 5 / inv:			2.206,91
Stiftungen			
13	JKK1 20.02.17	2.280,5	13,00
Ergebnis Stiftungen:			13,00
Allgemeine Deckungsmittel - konsumtiv			
14	6/1 22.05.17	1.210	1.000,00
Ergebnis Allgemeine Deckungsmittel / kon:			1.000,00
Geringbeträge-Gesamt: 16.692,59			



► Nr. VO/2017/05165
öffentlich

Lübeck, 18.07.2017

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
4.041.7 - Lübecker Museen

Bearbeitung: Hans Wißkirchen (E-Mail: hans.wisskirchen@luebeck.de Telefon: 122-4141)

Konzept zur zukünftigen Präsentation der Völkerkundesammlung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
09.10.2017	Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
30.11.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Am 13. März 2017 beschäftigte sich der Kulturausschuss der Hansestadt Lübeck mit der Frage der zukünftigen Nutzung der Völkerkundesammlung. Das hierzu angekündigte Konzept wird vereinbarungsgemäß mit diesem Bericht vorgelegt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis: Zur Kenntnis genommen

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt: ☐ Ja
☒ Nein
Begründung:

Die Maßnahme ist: ☒ neu
☐ freiwillig
☐ vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: ☒ Nein
☐ Ja (Anlage 1)

Bericht:

A. Die Ausgangslage: Aktuelle Situation der Völkerkundesammlung

Öffentliche Präsentation der Sammlung:

Nachdem die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2002 die Schließung der Völkerkundesammlung als eigenständiges Museum im Zeughaus beschlossen hatte, wurde der Ausstellungsbetrieb zunächst für weitere fünf Jahre von der Gesellschaft für Geographie und Völkerkunde e.V. fortgeführt. Der hierzu geschlossene Kooperationsvertrag zwischen der Gesellschaft und der Hansestadt Lübeck

konnte nicht verlängert werden, sodass das Zeughaus zum Ende der Ausstellung »Togo direkt – Zeitgenössische Kunst aus Afrika« am 16.9.2007 geschlossen wurde und im Folgejahr lediglich für die Dauer der Sonderausstellung »...aus Mexiko. Geschenke Lübecker Bürger« (1.6.- 13.7.2008) für einige Wochen wieder geöffnet wurde.

In der Folgezeit wurden unterschiedliche Konzepte zur Zukunft der Sammlung entworfen und kalkuliert. Im November 2008 legte die Kulturstiftung dem Kulturausschuss einen entsprechenden Bericht vor, in dem sie vier unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten skizzierte und sich in ihrer abschließenden Bewertung für die Wiederöffnung der Ausstellungstätigkeit im Zeughaus aussprach. Eine daraufhin konstituierte interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Zukunft der Völkerkundesammlung schloss sich mit ihrer Empfehlung diesem Fazit an, sah jedoch aufgrund berechneten jährlichen Mehrkosten in Höhe von 115.400 Euro keine Möglichkeit für eine Umsetzung und schlug daher vor, regelmäßig Sonderausstellungen der Sammlung in anderen Häusern des Museumsverbundes durchzuführen.

Nachdem die Museumsleitung 2009/2010 zunächst die Bestände geordnet und für die parallel angestoßene Digitalisierung der Sammlung vorbereitet hat, wurde dieser Vorschlag umgesetzt. Die große Bestandsausstellung »Welten entdecken« in der Kunsthalle St. Annen, die vom 26. Juni bis zum 13. November 2011 die kostbarsten und herausragenden Exponate der Sammlung aus allen Kontinenten präsentierte und den Anlass für die Publikation eines substantiellen Bestandskatalogs bot, markierte den Anfang der Reihe jährlicher Sonderausstellungen im Museumsquartier St. Annen. Es folgten die weiteren Ausstellungen:

- 8.7.2012 bis 2.9.2012 in der Kunsthalle St. Annen:
»Im Zeichen des Drachen. Impressionen aus dem alten China«
- 10.11.2013 bis 2.2.2014 im St. Annen-Museum
»Was macht das Zebra an der Krippe? Weihnachten weltweit«
- 23.11.2014 bis 1.3.2015 im St. Annen-Museum
»Auf der Suche nach Harmonie - Die Navajo«
- 16.5.2015 bis 16.8.2015 in der Kunsthalle St. Annen
»Salaam Lübeck. Muslimisches Leben in der Hansestadt«
- 5.6.2016 bis 4.9.2016 im St. Annen-Museum
»Aklama - Hilfsgeister der Ewe und Dangme aus der Studiensammlung Horst Antes«

Unterbringung der Sammlung:

Die Völkerkundesammlung ist nach der Schließung des Museums im Zeughaus verblieben und wurde dort digital erschlossen (s.u.) und wissenschaftlich betreut. Als im Herbst 2015 der Verkauf der Lindeschen Villa in der Ratzeburger Allee und in der Folge der Umzug des dort bislang untergebrachten Standesamtes in das Zeughaus zur Diskussion gestellt wurde, war die Bauverwaltung beauftragt, alternative Depoträume für die Völkerkundesammlung zu suchen. Die zunächst in Aussicht genommenen Lagerräume in einem neu sanierten Gebäude im Meesenring stellten sich nach einem Besichtigungstermin aufgrund unzureichender Traglast der Decken jedoch als ungeeignet heraus. Im Zuge der Überlegungen zur Einrichtung eines »Wissensspeichers« (gemeinsames Depot von Stadtbibliothek, Archiv der Hansestadt und Museen) in der ehemaligen Bundesbank am Holstentorplatz, wurde auch die Auslagerung der Sammlung in die dortigen Räumlichkeiten diskutiert. Besichtigungen des Gebäudes haben jedoch deutlich gemacht, dass die notwendige Herrichtung der Räume mit Kosten in Millionenhöhe verbunden wäre und folglich keine Option darstellt.

Weitere geeignete Depoträume stehen aktuell nicht zur Disposition. Da auch der Auszug des Standesamtes aus der Lindeschen Villa aus Kostengründen vorerst nicht umgesetzt

wird, ist davon auszugehen, dass sich an der aktuellen Situation nichts ändert und die Sammlung bis auf Weiteres im Zeughaus verbleiben kann, in dem auch die Büroräume weiterhin vorgehalten werden. In dieser Angelegenheit besteht folglich weder kurz- noch mittelfristig Handlungsbedarf.

Wissenschaftliche Arbeit mit der Sammlung:

Nachdem der Ausstellungsbetrieb der Völkerkundesammlung im Zeughaus eingestellt wurde, konzentrierte sich die Tätigkeit der wissenschaftlichen Leiterin auf die Bearbeitung und Publikation von Teilen der Sammlung und ihrer Geschichte. 2010 wurde mit der Digitalisierung der Sammlung begonnen. Im Rahmen eines bei der Universität Frankfurt angesiedelten Projektes wurde mithilfe der Finanzierung durch die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) zunächst mit der Digitalisierung, Erschließung, Publikation und Auswertung der unveröffentlichten Lebenserinnerungen des Lübecker Forschungsreisenden Günther Tessmann gestartet (bis 2015). Die digitalisierten Tagebücher sind online über die Website der LÜBECKER MUSEEN öffentlich zugänglich.

Ab 2012 konnte dank der Finanzierung durch die Possehl-Stiftung und gemeinsam mit dem Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) parallel die Digitalisierung der gesamten Bestände in Angriff genommen werden. Hierfür wurde die neue Software MuseumPlus eingerichtet und eine später für den gesamten Museumsverbund nutzbare Infrastruktur zur Digitalisierung aller Sammlungsbestände aufgebaut. Die rund 26.000 Objekte der Sammlung wurden fotografisch und textlich erfasst und als Datensätze in die Software eingegeben. Im Zuge der Datenerfassung konnten an zahlreichen Objekten fachgerechte Restaurierungen vorgenommen werden. Auch die Eingangs- und Inventarbücher der Völkerkundesammlung wurden digitalisiert und damit langfristig gesichert. Das Projekt wird Ende 2017 abgeschlossen.

Mit der digitalen Erfassung des Gesamtbestandes wurden die weitere Arbeit mit der Völkerkundesammlung in Lübeck sowie die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit Einrichtungen und Privatpersonen auf allen Kontinenten entscheidend erleichtert. Insbesondere vor dem Hintergrund des bevorstehenden Renteneintritts der wissenschaftlichen Leiterin der Sammlung (Anfang 2018) ist die Digitalisierung der Sammlung eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein/e Nachfolger/in sich zügig einen Überblick verschaffen und optimal in die Sammlung einarbeiten kann.

Ebenso wurden für den nächsten Schritt – die Online-Präsentation der Bestände – die Voraussetzungen geschaffen. Ziel dieses nächsten Vorhabens ist es, ein »Web-Museum« einzurichten, mit dessen Hilfe die Relevanz und der Rang der Sammlung zusätzlich zu den regelmäßigen Sonderausstellungen in anderen Häusern im öffentlichen Bewusstsein gehalten werden und die schnelle Zugänglichkeit zu dem Sammlungswissen auch für Bürger/innen und externe Wissenschaftler/innen gesichert wird. Hierfür müssen jedoch in einem ersten Schritt noch Drittmittel eingeworben werden.

Personelle und finanzielle Ausstattung:

Die Betreuung der Sammlung wird bis zum Januar 2018 durch die Stelle einer Sachgebietsleiterin mit einer Wochenarbeitszeit von 25,33 Stunden gewährleistet (TvöD EG 13). Für diese Kosten, die Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie für die Gebäudebetriebskosten, die unabhängig vom musealen Betrieb anfallen, werden aktuell jährlich 200.000€ in den Haushalt eingestellt (geordnet beim St. Annen-Museum).

Die Kosten für die Realisierung von Sonderausstellungen sowie für die o. g. Digitalisierungsprojekte werden komplett über Drittmittel finanziert.

B. Ideenskizze: Dezentrale Präsentation der Völkerkundesammlung

Eine Wiederaufnahme des musealen Betriebs im Zeughaus ist vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Haushaltslage der Hansestadt Lübeck nicht möglich. Um die Sammlung dennoch ständig der Öffentlichkeit zu präsentieren, ist ein Zusammenspiel aus den bereits etablierten, bewährten Möglichkeiten (regelmäßige Sonderausstellungen) und neuen Wegen der Präsentation eine inhaltlich sinnvolle und finanziell leistbare Lösung. Vorgeschlagen wird daher ein **Zusammenspiel aus folgenden Präsentationsformen**:

1. Fortsetzung der wechselnden Präsentation von Beständen der Völkerkundesammlung in den Häusern der LÜBECKER MUSEEN

Die bisherige Lösung einer regelmäßigen Durchführung von Sonderausstellungen in den Häusern des Museumsverbundes wird fortgesetzt. Wechselnde Ausstellungen bieten die Möglichkeit, stets neue Schwerpunkte zu setzen, die z.B. von aktueller gesellschaftlicher Relevanz sind, und Exponate zu zeigen, die aus konservatorischen Gründen nicht dauerhaft ausgestellt sein dürfen.

Als Ausstellungsort steht weiterhin hauptsächlich das favorisierte Museumsquartier St. Annen zur Verfügung: Die neuen Sonderausstellungsflächen des St. Annen-Museums für kleinere Vorhaben, die Kunsthalle St. Annen für größere Projekte (wie z. B. »Welten entdecken« oder die »China«-Ausstellung).

2. Mobile Präsentation der Völkerkundesammlung über das museumspädagogische Angebot »Museumskoffer«

Neben der festen Verortung sollen wechselnde Bestände jedoch auch »mobil« präsentiert werden – etwa mittels des neuen museumspädagogischen Projektes »Museumskoffer«, das sich an die Zielgruppe von Schülerinnen und Schülern – zunächst im Altstadtbereich – richtet. Idee ist, mit regional oder thematisch ausgerichteten Koffern zu arbeiten: »Mit dem Museumskoffer unterwegs nach Afrika«, »...nach Europa«, »...nach Asien«, »...nach Ägypten« oder/und »Mit dem Museumskoffer den Islam erkunden«, »...das Judentum«, »...das Weihnachtsfest«, »...Masken« etc.. Hierfür müssten Koffer entwickelt und museumspädagogische Mitarbeiter geschult werden. Die Entwicklung von zunächst drei Koffern könnte in einem Zeitrahmen von sechs Wochen und mit einem Kostenaufwand von etwa 500 Euro realisiert werden.

Der »Museumskoffer« könnte – analog zu den Museumsführungen – als buchbares und kostenpflichtiges Angebot vorgehalten werden. Denkbar wäre aber auch eine Drittmittelfinanzierung für eine bestimmte Anzahl von Unterrichtseinheiten, sodass den Schulen keine Kosten entstünden. Es bietet sich an, das Projekt zunächst als Modellversuch für ein Jahr laufen zu lassen.

3. Dauerhafte Präsentation von Beständen der Völkerkundesammlung im Holstentor: »Der Ort – Die Stadt – Die Welt«

Zu den Überlegungen, die seit einigen Jahren für die Öffentlichkeit geschlossene Völkerkundesammlung zukünftig dauerhaft im Holstentor zu präsentieren, wird seit 2015 eine mehrheitlich positive Diskussion in der Hansestadt Lübeck geführt. Ein entsprechender Vorschlag für eine tragfähige Konzeption wird zurzeit ausgearbeitet. Berücksichtigt werden dabei auch die Ergebnisse der Tagung »Ein neuer Typ von Stadtmuseum im Holstentor?«, bei der am 10./11. März 2016 die Fachvorträge externer Experten aus den Bereichen Völkerkunde und Stadtmuseum öffentlich diskutiert wurden.

Unter anderem zielt das Konzept darauf ab, das Holstentor – das Wahrzeichen der Stadt – als Symbolträger für die Weltoffenheit der Stadt zu nutzen. Gerade mit den Ex-

ponaten der Völkerkundesammlung, die von Bürgern dieser Stadt für Bürger dieser Stadt gestiftet worden sind, kann die Internationalität Lübecks, die seit dem Mittelalter existiert, aber bislang nicht genügend fokussiert worden ist, erstmalig dargestellt werden. Zum dem **Konzept**:

Das Holstentor gehört neben dem Brandenburger Tor und dem Kölner Dom zu den drei bekanntesten Bauwerken Deutschlands. Es gilt als Wahrzeichen der Stadt und wird an erster Stelle mit der Stadt Lübeck assoziiert. Zugleich bietet es als ehemaliges Stadttor noch heute zahlreichen Lübeckern und Touristen einen eindrucksvollen Zugang zur Altstadt und markiert damit den Eingang zum Weltkulturerbe.

Die Bedingungen als Ausstellungsort: Das Museum wird vor allem von Touristen besucht, die allerdings nur durchschnittlich 40-60 Minuten Zeit dort verbringen. Es sind in der Regel keine speziell an Kunst oder Kultur interessierten Besucher, sondern eher Stadttouristen, die sich vor diesem berühmten Bauwerk fotografieren und das Holstentor auch von innen erleben möchten. Für sie ist das Holstentor der erste Schritt in die Stadt und die Geschichte Lübecks. So ist bei einer Neupräsentation zwingend zu berücksichtigen, dass das Tor als stadthistorisches Monument wahrgenommen wird und eine Ausstellung gezeigt wird, die dieser Erwartung Rechnung trägt. Die Präsentation soll darüber hinaus überschaubar sein, gut in den Raum zu integrieren und leicht zu erschließen sein. Die Didaktik sollte zumindest zweisprachig sein, da viele fremdsprachige Besucher kommen. Da es eher als Stadteingangstor und weniger als Ausgangstor wahrgenommen wird, ist ein Blick auf die Möglichkeiten und Höhepunkte, die die Stadt bietet, unverzichtbar.

Als Bauwerk einmalig, bringt das Holstentor jedoch als Ausstellungsort schwierige Bedingungen mit: Es ist nicht barrierefrei, nicht klimatisierbar, die Heizung ist veraltet und nur mit großem Aufwand auf den Stand der Zeit zu bringen, im Untergeschoss dringt oft Hochwasser ein, und die runden Räume erfordern eine sensible Präsentation, um den Raumeindruck nicht zu konterkarieren.

Die Präsentation: Aus diesen Vorüberlegungen resultierend, bietet sich für die drei Ausstellungsetagen folgende Präsentation an. Von Etage zu Etage soll folgender Dreiklang entfaltet werden: **»Der Ort – Die Stadt – Die Welt«**.

Dabei ist es angedacht, für jedes der Themen den Bogen vom Mittelalter bis zur heutigen Zeit zu schlagen und mit wenigen, markanten Exponaten »Marken« zu setzen, die in der Stadt selbst vertieft werden können. Auf diese Weise wird das besucherstärkste Museum zugleich zum Botschafter für alle Kulturinstitute und sehenswerten Höhepunkte in der Stadt selbst, auf die in eingängiger Weise neugierig gemacht werden soll.

Der Ort: Das Holstentor ist ein Stadttor und muss auch als solches wahrgenommen werden. Es als einen Ort der alten und neuen Stadtgeschichte zu nutzen, bleibt ein unverzichtbarer Aspekt. Darüber hinaus ist es als Bauwerk spannend und die Architektur soll auch von innen erlebbar sein.

So wird unter dem Aspekt »Der Ort« die Geschichte des Tores und der Bebauung um das Tor selbst präsentiert. Was macht seinen besonderen architektonischen Reiz aus, wie wurde es über die Jahrhunderte genutzt und (um-)gestaltet, welche Funktionen hatte es? Zu dieser Erschließung gehört unmittelbar, wie bereits angeführt, die möglichst ursprüngliche Erlebbarkeit des Tores selbst. Spätere Einbauten (z. B. Zwischendecken) sollten dazu möglichst entfernt werden.

Die Stadt: Mit diesem zweiten Aspekt wird der Blick vom Tor auf die Stadt geweitet. So soll u. a. mittels des bereits vorhandenen Stadtmodells auf alles, was hinter dem weltweit bekannten Tor liegt, neugierig gemacht werden. Dabei wird der Bogen über die mittelalterliche Anlage hinaus auf die zentralen Kulturstätten und Sehenswürdigkeiten

ebenso zu richten sein, wie auf die ganz großen Linien der Lübecker Geschichte vom Mittelalter bis heute.

Die Welt: Im obersten Geschoss schließlich wird der Blick vom Tor nach außen in die Welt gerichtet. Lübeck war durch die Hanse bereits sehr früh weltweit vernetzt. Darum besitzt die Stadt in ihrer Völkerkundesammlung wertvolle Zeugnisse, die diese, wenn auch zum Teil schwierige Verbindung zu anderen Ländern und Kulturen belegen. Sie sind jedoch einzigartige Zeugnisse anderer Kulturen, mit denen Lübeck Kontakt hatte. Außerdem bekommen sie in der Zeit von Globalisierung, Völkerwanderung und Flüchtlingsthematik eine neue Wertigkeit, sind es doch auch Zeugnisse der alten Wurzeln neuer Lübecker Bürger. Insgesamt gilt es hier, nochmals den Blick zu weiten und Lübeck im Spiegel weltweiter Zeugnisse zu sehen.

Mit diesem ersten groben Konzept soll das Holstentor zum einen als weltweite Lübecker Marke gestärkt werden und die Präsentation des besucherstärksten Museums unter Berücksichtigung neuester Gestaltungstrends aktualisiert und attraktiver gestaltet werden. Dabei geht es nicht um Inszenierung aller technischen Möglichkeiten, sondern um ein wohl überlegtes Konzept einer auch langfristig auf gutem Niveau zu erhaltenden Präsentation mit wenigen, aber eindrucksvollen Mitteln. Schließlich soll die Chance genutzt werde, auf alle Lübecker Museen in spannender Weise aufmerksam zu machen. Nicht zuletzt bietet sich so die Chance, herausragende Exponate der Völkerkundesammlung einem breiten Publikum an einem prominenten Ort zu präsentieren.

4. Mögliche temporäre Präsentation von Beständen der Völkerkundesammlung im Burgkloster | Europäisches Hansemuseum Lübeck

Neben den regelmäßigen Sonderausstellungen in den anderen Häusern des Museumsverbundes und der ständigen Präsentation einer Bestandsauswahl im Holstentor böte sich auch das Burgkloster des Europäischen Hansemuseums Lübeck mit seinen Ausstellungsflächen als weiterer Ort für zeitlich begrenzte Sonderausstellungen an, wenn diese in einem thematischen Zusammenhang mit der Arbeit des Hansemuseums stehen. Das Recht auf Sonderausstellungen ist im Nießbrauchvertrag zwischen Stadt und Hansemuseum vertraglich geregelt.

5. Präsentation von Beständen der Völkerkundesammlung zum »Jüdischen Leben in Lübeck« in der neu eröffneten Synagoge

Die Sanierungsarbeiten an der Synagoge in der St. Annen-Straße werden voraussichtlich 2019 abgeschlossen sein. Die Planungen zu dem Umbau sehen auch die Einrichtung eines Präsentationsraumes mit einer Größe von etwa 35 m² vor, in dem zentrale Exponate der Jüdischen Gemeinde und aus den Beständen der Völkerkundesammlung – als Dauerleihgabe – gezeigt werden könnten. Zusätzlich zu dem Präsentationsraum könnte darüber hinaus auch der zukünftige Vortragssaal der Synagoge (80-100 Personen) für eine Präsentation der Völkerkundesammlung, z.B. in Form einer »Galerie des Jüdischen Lebens«, genutzt werden.

Zu dem Vorhaben wurden bereits Gespräche mit Rabbi Dr. Yakov Yosef Harety und dem Architekten Thomas Schröder-Berkenthin sowie mit Dr. Jan Lokers, Dr. Brigitte Templin, Professor Hans Wißkirchen, Dr. Dagmar Täube, Frau Garling und der Kultursenatorin Frau Weiher geführt, um zum einen gemeinsam eine sinnvolle inhaltliche Konzeption der Präsentation zu entwickeln und zum anderen die notwendigen Ausstellungsbedingungen zu erörtern, die bereits in der Planungsphase berücksichtigt und sichergestellt werden müssten. Darüber hinaus gab es eine Ortsbesichtigung in der Syn-

agoge, an der neben den o.g. der Pressesprecher des (nun ehemaligen) Vorstands der Jüdischen Gemeinde teilnahm.

Neben dieser Idee der Nutzung der Synagoge besteht die Absicht, die Carlebach-Sammlung als Sonderausstellung im St. Annen-Museum zu präsentieren, Dies soll in etwa gleichzeitig mit der Wiedereröffnung der Synagoge geschehen und mit einem breiten Vortragsprogramm zum jüdischen Leben in Lübeck angereichert werden.

C. Notwendige Ressourcen für die Umsetzung des Konzeptes

Unabdingbar für die Umsetzung des unter B. erläuterten Konzeptes ist die schnellstmögliche Wiederbesetzung der Stelle der Sachgebietsleiterin, die Anfang 2018 frei werden wird. Da Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben zurzeit ebenfalls von dieser Stelle wahrgenommen werden müssten, was in Anbetracht des eigentlichen wissenschaftlichen Aufgabenbereiches und bei einer Teilzeit-Stelle nur bedingt möglich ist, ist zusätzlich die Einrichtung einer Verwaltungsstelle in Teilzeit (20 Wochenstunden, EG 5) notwendig.

Angestrebt wird, die Stelle der Sachgebietsleiterin auf eine volle Stelle aufzustocken und enger an das Museumsquartier St. Annen anzubinden.

Die Finanzierung der neuen Stelle bzw. der Aufstockung ist derzeit nicht gesichert. Eine Drittmittelfinanzierung zeichnet sich nicht ab. Jedoch ist es notwendig, diesen Zusatzbedarf zu veranschaulichen, denn eine Umsetzung des Konzeptes, die dem Auftrag der Bürgerschaft, ein solches zu erarbeiten, konsequenterweise folgen sollte, ist unabdingbar an diese zusätzliche Ressourcen gebunden.

Anlagen :

Senatorin Kathrin Weiher



► Nr. VO/2017/05252
öffentlich

Lübeck, 05.09.2017

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften

Bearbeitung: Conja Grau (E-Mail: conja.grau@luebeck.de Telefon: 122-5906)

Förderung des Breitbandausbaus in der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Für die erforderlichen Planungs- und/oder Beratungsleistungen zur Feststellung des derzeitigen Ausbaustands der Breitbandanbindung in der Hansestadt Lübeck unter besonderer Berücksichtigung der Gewerbegebiete wird im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ein Gutachten eingeholt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	<u>Ergebnis:</u>
1.201- Haushalt und Steuerung	Zustimmung
Wirtschaftsförderung Lübeck	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

☐	Ja
☒	Nein
	Die Bestandausnahme hat noch keine konkreten Auswirkungen auf die EinwohnerInnen

Die Maßnahme ist:

☐	neu
☒	freiwillig
☐	vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

☒	Nein
☐	Ja (Anlage 1)

Begründung:

Die Hansestadt Lübeck ist ein modernes Oberzentrum mit einem Einzugsgebiet von etwa 600.000 Menschen (30 Min. Fahrzeit-Radius), 10.000 Studierenden an Universität und Hochschulen und mehr als 18.000 Gewerbetreibenden von denen 5.325 Betriebe mehr als 90.000

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf sich vereinen.

Zehn der 50 größten Arbeitgeber Schleswig-Holsteins sind in Lübeck ansässig. Lübeck ist Einpendler Stadt und als UNESCO Weltkulturerbe mit drei in Lübeck gebürtigen Nobelpreisträgern die heimliche Kulturhauptstadt des Nordens. Aufgrund der geografisch attraktiven Lage, der kulturellen Vielfalt, einer sehr hohen Einzelhandelszentralität von 154,7 sowie umgeben von viel Natur, Strand und Wasser, am südöstlichsten Punkt der Ostsee und dem größten Fährhafen Europas, kommen jährlich mehr als 6 Mio. Übernachtungs- und ca. 17 Mio. Tagesgäste nach Lübeck. Diese historisch gewachsene Stadt ist täglich mit den Herausforderungen an eine moderne Infrastruktur konfrontiert. Besonders durch die fortschreitende Digitalisierung werden von den Unternehmen, Hochschulen, Touristen und Einwohnern immer wieder neue und höhere Ansprüche an die digitale Infrastruktur gestellt.

Die oben genannten Faktoren führen zu einer steigenden Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen. Deshalb plant die Stadtverwaltung den Ausbau der Breitbandversorgung voran zu treiben, um den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Die Tatsache, dass Bund und EU für den Breitbandausbau nur dann Förderung zur Verfügung stellen, wenn eben diese Informationen zur Verfügung stehen, wiegt schwer.

Das bezieht sich einerseits auf die Mitteilung des BMVI zur Definition der Aufgreifschwelle im Falle von Schulen zu Ziff. 4.5 der Förderrichtlinie für den Breitbandausbau vom 17.07.2017. Darin wird explizit darauf hingewiesen, dass ohne die Markterkundungsstudie keine Förderung für den Ausbau gegeben und damit der Digitalisierung der Schulen nicht angemessen Rechnung getragen werden kann, ganz zu schweigen vom digitalen Ausbau der Lübecker Gewerbegebiete und dem Thema WiFi4 Europeans, das Lübeck im Tourismuswettbewerb stärken kann. Bei letzterem geht es um die Installation modernster WLAN-Technologie in den Zentren des öffentlichen Lebens. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/wifi4eu-kostenloses-wlan-fur-alle>

Wir können an dieser Stelle feststellen, dass ohne die vorgelagerte Untersuchung auch andere Projekte zum Breitbandausbau keinen Erfolg zeitigen werden.

Der aktuelle Ausbau digitaler Infrastruktur ist undurchsichtig und weitestgehend unbekannt, ebenso wie die Verfügbarkeit von Gigabit Anbindungen in den unterschiedlichen Gewerbegebieten sowie in den stark touristisch genutzten Räumen. Aus Sicht der Verwaltung ist die Aufnahme der Ist-Situation für die Hansestadt Lübeck, insbesondere für das Scoring relevanter Punkte (z.B. Betriebsdichte in den Gewerbegebieten, Einwohnerdichte, vorhandene Infrastrukturen, Mitnutzung und Mitverlegungsmöglichkeiten, Ausstattung digitaler Infrastruktur in den Gewerbegebieten etc.) dringend erforderlich. Für eine am Unternehmensbedarf ausgerichtete digitale Erschließung der Gewerbegebiete sollte ein Vergleich innerhalb des Stadtgebiets und ihrer Gewerbegebiete in verschiedenen Ausbau-Szenarien hinsichtlich verschiedener Technologieansätze sowie eine Kostenschätzung auf Basis einer Grobplanung erfolgen.

Mit der jetzt kostenneutral für den Lübecker Haushalt zu beauftragenden Untersuchung haben wir erstmalig die Möglichkeit, für das gesamte Stadtgebiet das Vorhandensein von Breitbandinfrastruktur (Leitungen & Anbieter) sowie die topographischen Herausforderungen für eine flächendeckende Versorgung zu eruieren. Konkret sind das Antworten auf die Fragen, welcher Anbieter hat wo seine Leitungen (mit welcher Bandbreite) bzw. Leerrohre liegen? Welche zentralen Übergabepunkte liegen wo in Lübeck? Wo sind welche Glasfaserkabel, Kupferkabel, Richtfunkmasten und sonstige Infrastruktur vorhanden die für den Breitbandausbau relevant sind? Prüfung der Anbindung relevanter Plätze zum Aufbau eines freien WLAN-Netzes (WiFi 4 Europeans s.u.). Welche topographischen Verhältnisse in Lübeck können bei der Versorgung zu Problemen führen/ müssen berücksichtigt werden? Diese und viele weitere relevante Fragen (z.B. Einwohnerdichte) und Antworten für den Breitbandausbau müssen beantwortet und kartographiert werden.

Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck ist selbst nicht in der Lage, diese Untersuchung anzustellen. Deshalb ist geplant, die Bestandsanalyse und die Machbarkeit durch ein geeignetes Gutachterbüro durchführen zu lassen. Für eine wirtschaftlich tragfähige Umsetzung des Ausbauvorhabens sind verschiedene Schritte geplant. Zunächst soll die vorhandene Infrastruktur aller Sektoren (Abwasser, Straße, Rohrleitungen etc.) hinsichtlich ihrer Kapazitäten

und Nutzbarkeit untersucht werden. Die Untersuchungsergebnisse werden dann kartographisch (digital) dargestellt, um daraus erste Erkenntnisse über die Ausbau- und Entwicklungspotentiale zu gewinnen.

Die Kostenkalkulation zukünftiger Ausbauschritte ist für die Ausbauplanung von großer Bedeutung. Neben den allgemein wichtigen Informationen (z.B. Materialkosten) sind insbesondere die topografischen Herausforderungen (z.B. Querungen von Autobahn- und Bahntrassen oder Wasserinfrastrukturen) aufzunehmen. Für den Ausbau der Gewerbegebiete ist neben der allgemeinen Bandbreite auch die Symmetrie der Leitungen in beide Richtungen von hoher Bedeutung. Je nach Lage der Gewerbegebiete sind die optimalen Anbindungs- und insbesondere die zentralen Übergabepunkte (Backhaul-Verbindungen) an das Kern-Netz zu identifizieren. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die bereits vorhandenen Übertragungsmedien (z.B. Kupfer- oder Lichtkabel, Richtfunk) und die Protokolle für diese Transportverbindungen aufzunehmen.

Im Ergebnis soll auf Basis wissenschaftlicher (empirischer) Arbeit ein Nutzungsstrukturkonzept erstellt werden, das den geplanten Breitbandausbau am Wirtschaftsstandort auf eine solide und wirtschaftlich berechenbare Grundlage stellt. Die oben genannten Untersuchungsschritte, ausgehend von der Analyse des Status quo, sollen dazu genutzt werden, eine Empfehlung für die weitere Vorgehensweise zu bestimmen.

Der Hansestadt Lübeck entstehen für die Durchführung der Untersuchung zum Sachstand des Breitbandausbaus keine Kosten, die Untersuchungen werden nach der Richtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland (Förderrichtlinie des Bundes) mit einem Betrag von 50.000 € umfänglich gefördert. Es werden auch keine Komplementärmittel aufgewandt. Die Fördermittel des Bundes fließen nach Abschluss der Untersuchung voraussichtlich in 2018.

Anlagen:

./.

Senator Sven Schindler



► Nr. VO/2017/05238
öffentlich

Lübeck, 30.08.2017

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.041 - Fachbereichs-Dienste

Bearbeitung: Bianca Hoppe (E-Mail: bianca.hoppe@luebeck.de Telefon: 122-7596)

Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung zugunsten der 59. Nordischen Filmtage Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
20.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.10.2017	Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege	Öffentlich	zur Vorberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
30.11.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 100.000,- € werden angenommen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis: Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt: ☐ Ja
☒ Nein
Begründung:

Die Maßnahme ist: ☐ neu
☒ freiwillig
☐ vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: ☐ Nein
☒ Ja

Begründung:

Die Nordischen Filmtage Lübeck werben regelmäßig Deckungsmittel für ihre Aufwendungen zu einem Anteil von 27 % aktiv durch Spenden und dergleichen selbst ein, um die jährliche Finanzierung zu sichern – dazu gehört nicht nur das Einwerben von konkreten Sachmitteln und zweck- und projektgebundene Geldmitteln, sondern auch die Sicherung der Basisfinanzierung. Die Spende der Possehl-Stiftung ist die Sicherung dieser Basis.

Für die Durchführung der 59. Nordischen Filmtage ist von Seiten der Possehl-Stiftung ein Betrag in Höhe von 100.000,- € bewilligt worden. Dieser Betrag ist eine essentielle Größe im

Haushalt des Festivals und ist existentiell für das gewohnt hochwertige Angebot des Festivals an die Lübecker Bürger.

Konsumtive Folgeaufwendungen sind mit der Spendenannahme nicht verbunden.

Es handelt sich bei dieser Spende um eine Mehrfachspende.

Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von §76 Abs. 4 GO: Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.

Mit der Spende über 100.000,- € erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2017 einen Gesamtwert von 1.653.385,36 €. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist die Bürgerschaft nach der am 21.03.2013 von ihr geschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 100.000,- € zuständig.

Anlagen:

Spendenzusage der Possehl-Stiftung

Senatorin Kathrin Weiher

Fachbereich Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung

11. Mai 2017

Eingegangen

POSSEHL
Stiftung

1.
Hansestadt Lübeck
Frau Senatorin Kathrin Weiher
Mühlendamm 14
23539 Lübeck

Lübeck, den 2. Mai 2017 /ms-Hi
(Bei Korrespondenz bitte angeben): C-170156

Bitte um finanzielle Unterstützung für die 59. Nordischen Filmtage Lübeck 2017

Sehr geehrte Frau Senatorin Weiher,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 28.04.2017 beschlossen hat, für Ihr oben genanntes Vorhaben einen Betrag in Höhe von

€ 100.000,00

zur Verfügung zu stellen.

Zur Zahlungsabwicklung bitten wir zunächst um Vorlage eines Zahlungsplans, aus dem ersichtlich ist, wann die Teilbeträge benötigt werden (bitte unter Angabe von IBAN und BIC und unserer Antrags-Nummer). Die Überweisungen werden dann automatisch vorgenommen. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

Nach Abschluss des Projektes bitten wir um Vorlage eines Verwendungsnachweises (bitte über das Gesamtprojekt, nicht nur über den von uns bewilligten Betrag), aus dem ersichtlich ist, dass das Vorhaben in der uns bei Antragstellung mitgeteilten Form durchgeführt wurde. **Etwaige Änderungen bitten wir vor Mittelabruf mitzuteilen.** Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten alles Gute und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Max Schön
Vorsitzender

POSSEHL-STIFTUNG Beckergrube 38-52, 23552 Lübeck
Telefon +49(0)451 148-200, Telefax +49(0)451 148-302
possehl-stiftung@possehl.de, www.possehl-stiftung.de



► Nr. VO/2017/05299
öffentlich

Lübeck, 13.09.2017

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.041.7 - Lübecker Museen

Bearbeitung: Caren Heuer (E-Mail: caren.heuer@luebeck.de Telefon: 7517)

Annahme einer Spende zugunsten der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für den Umbau des Buddenbrookhauses

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.10.2017	Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege	Öffentlich	zur Vorberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
30.11.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 2.000.000,00 EUR für den Umbau des Buddenbrookhauses wird angenommen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:

Haushalt und Steuerung

Ergebnis:

Zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

☐ Ja
☒ Nein

Begründung: Die Spendenannahme an sich
löst keine Beteiligungsnotwendigkeit aus.

Die Maßnahme ist:

☐ neu
☒ freiwillig
☐ vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

☒ Nein
☐ Ja (Anlage 1)

Begründung:

Das Literaturmuseum Buddenbrookhaus soll um sein Nachbargrundstück Mengstraße 6 baulich erweitert werden und eine völlig neue Ausstellung erhalten. Das Land Schleswig-Holstein hat den Umbau des Buddenbrookhauses als „herausragendes Projekt kulturtouristischer“ Bedeutung anerkannt und eine Förderung aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) mit 70% der Baukosten in

Aussicht gestellt. Ein entsprechender Letter of Intent liegt der Kulturstiftung vor. Um die Deckungslücke zu schließen, müssen weitere Fördermittel akquiriert werden. Die zugesagte Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 2 Millionen Euro trägt wesentlich dazu bei, die Gesamtfinanzierung der Maßnahme darstellen zu können.

Mit der Spende über 2.000.000,00 Euro erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2017 einen Gesamtwert von 4.446.112,79 Euro. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist die Bürgerschaft nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 2.000.000,00 Euro zuständig.

Anlagen:

keine

Senatorin Kathrin Weiher



► Nr. VO/2017/05244
öffentlich

Lübeck, 31.08.2017

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Arnd Babendererde (E-Mail: arnd.babendererde Telefon: 122-6514)

Projektfreigabe zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie, Parade 2 in 23552 Lübeck über 175.000,00 EUR

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
18.09.2017	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie wird erteilt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
4.401 Schule und Sport

Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt: ☐ Ja
☒ Nein

Begründung:

Die Maßnahme ist: ☒ neu
☐ freiwillig
☐ vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: ☐ Nein
☒ Ja (Anlage 1)

Begründung:

Das im Moment von der Systemgastronomie genutzte „Bistro“ wurde im Zuge der durchgeführten Bauzustandserfassung im Hinblick auf bau- und hausanlagentechnisch vorzunehmende Sanierungen begutachtet. Die aus der Bauzustandserfassung resultierenden Ergebnisse weisen einen erheblichen Sanierungsaufwand aus, der in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zur fortzusetzenden Nutzung der Räumlichkeiten steht. Daher ist das Gebäude „Bistro“ aus bautechnischer Sicht als abgängig zu betrachten.

Des Weiteren erfüllen die im jetzigen „Bistro“ untergebrachten Lehrräume der Systemgastronomie nach dem vom Bereich 401 vorgelegten Raumkonzept nicht die heutigen Vorgaben und Anforderungen zu Lehrräumen mit derartigen pädagogischen Ansprüchen.

Der jetzt geplante Neubau zur Systemgastronomie erstreckt sich als eingeschossiges Souterrain im Bereich der noch stehenden Klassenraumcontaineranlage auf dem Schulinnenhofgelände mit Anschluss zum Altbau.

Durch den Neubau der Lehrräume zur Systemgastronomie wird

- die barrierefreie Erschließung des gesamten Schulgebäudekomplexes,
- die erleichterte Anlieferung und Entsorgung,
- die Erfüllung der pädagogischen Ansprüche an den immer bedeutsamer werdenden Bereich der Systemgastronomie,
- eine Neuordnung des Schulinnenhofbereiches in außenanlagentechnischer Hinsicht,
- die Aufwertung der Sichtachsen in Bezug auf das in der Parade gelegene „Schloss Rantzau“ und
- eine verbesserte bautechnische und -wirtschaftliche Gebäudenutzung

gewährleistet.

Im Rahmen der Maßnahmenumsetzung sind alle Belange der betroffenen Bereiche der Hansestadt Lübeck berücksichtigt. So wurde von Beginn an der Bereich Archäologie u. Denkmalpflege, der Bereich Feuerwehr und der Bereich Stadtgrün u. Verkehr mit in die Planungsvorhaben und Ausführungsansätze eingebunden.

Bei der Maßnahme zum Neubau der Lehrräume zur Systemgastronomie handelt es sich um ein Projekt des 15 Mio. € umfassenden Possehl-Schulbauförderprogramms.

Die EW-Bau Neubau Systemgastronomie wurde dem Bereich Haushalt und Steuerung mit einer Kostenberechnung in Höhe von 2.660.000,- € brutto vorgelegt.

Im derzeitigen Haushalt ist die Maßnahme zum Neubau der Systemgastronomie noch mit gesamt 2.469.600,- € veranschlagt. Die Mehrkosten in Höhe von 190.400,- € werden durch Finanzmittel innerhalb des Possehl-Schulbauförderprogramms in Deckung gebracht. Hierzu stehen 214.553,05 € an „Restgeld“ auf dem PSK 111029 277 7851000 Bereich 651/Berend-Schröder-Schule/Umstrukturierung/Gebäudemodernisierung/Hochbaumaßnahmen zur Verfügung, die mittels überplanmäßiger Bewilligung auf das PSK 233001 057 7851000 Bereich 401/Berufsschulen/Gewerbeschule f. Nahrung u. Gastronomie/Erneuerung Bistro/Hochbaumaßnahmen übertragen werden. Die Differenz zwischen den 214.553,05 € an „Restgeld“ und den 190.400,- € an Mehrkosten wird ggf. zur Deckung der bis dato unvorhersehbaren Ereignisse benötigt. Da sich das Baufeld zum Neubau der Lehrräume der Systemgastronomie auf der Altstadtinsel der Hansestadt Lübeck befindet und es sich nach Angaben des Kampfmittelräumdienstes des Landes Schleswig-Holstein bei dem Liegenschaftsgrundstück um eine sogenannte Bombenverdachtsfläche handelt, wird mit archäologischen Funden und Bombendetektierungen gerechnet.

Die im Zuge der Bauzustandserfassung als abgängig bewerteten Gebäudeteile „Bistro“, die dazugehörige Hofüberdachung und die Klassenraumcontaineranlage werden durch konsumtiv bereitgestellte Mittel (PSK: 111029 5211012) in Höhe von gesamt 80.000,- € noch im Haushaltsjahr 2017 abgebrochen.

Die Maßnahme ist unter dem bestehenden PSK 233001 057.7851000 Bereich 401/Berufsschulen/Gewerbeschule f. Nahrung u. Gastronomie/Erneuerung Bistro/Hochbaumaßnahmen geordnet.

Der Beginn der Maßnahmenumsetzung ist für Ende 1. Quartal 2018 geplant. Eine Beeinträchtigung des Schulbetriebes hinsichtlich Ersatzraumschaffungen besteht nicht. Die Hauptarbeiten zum Neubau der Systemgastronomie beschränken sich auf den Schulinnenhofbereich.

Im bestehenden Schulgebäude werden dennoch einzelne Arbeiten zur brandschutz-technischen Ertüchtigung umzusetzen sein, da diese nicht den heutigen Anforderungen und dem

hinzukommenden Raumflächen entsprechen. Die Arbeiten zur brandschutztechnischen Er-tüchtigungen werden in die Ferienbereiche 2018 gelegt, um so eine schulbetriebliche Beein-trächtigung hinsichtlich lärmintensiver und arbeitsaufwendiger Ausführungen zu vermeiden. Ein Abschluss der Arbeiten innerhalb der Ferienzeiten 2018 kann nicht garantiert werden, so dass mit einer geringfügigen Baustellentätigkeit auch während des laufenden Schulbetriebes zu rechnen ist.

Mit einem Ende der Arbeiten zum Neubau der Systemgastronomie wird unter der Vorausset-zung, dass keine größeren Ereignisse wie Bombenfunde oder archäologische Grabungen detektiert bzw. erfolgen werden, bis Dezember 2019 gerechnet.

Die weiteren vorhandenen Gebäudeteile wurden ebenfalls betrachtet im Rahmen der Bauzu-standserfassung und ein Maßnahmenkatalog aufgestellt. Im Anschluss an den Neubau der Systemgastronomie muss der Bestand saniert werden. Dazu gehören Brandschutzertüchti-gungen sowie die Instandsetzungen des Mauerwerkes, der Türen, Fenster, des Dachstuhls, des Daches und einige Maßnahmen der technischen Gebäudeausstattung, insbesondere der Elektrotechnik. Insgesamt sind finanzielle Mittel in Höhe von ca. 2,1 Mio. € veranschlagt. Die Umsetzung der Sanierung ist derzeit nicht terminiert.

Anlagen:

Anlage 1 – Finanzielle Auswirkungen

Anlage 2 - Entwurfsplanung

Senatorin Joanna Glogau

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

(Bei investiven Maßnahmen ist zunächst die Anlagenbuchhaltung (1.210) zu beteiligen!)

INVESTIV

Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeiträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2018	2019	TOP 5.4 2020	2021
Erträge	2.660.000,00				
Aufwendungen	-2.660.000,00				

davon:

Sonderposten-auflösung (SoPo)	2.660.000,00	133.000,00	133.000,00	133.000,00	133.000,00
Abschreibungen (AfA)	-2.660.000,00	-133.000,00	-133.000,00	-133.000,00	-133.000,00
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	0,00				
voraussichtl. Zinsen ca.					
Einzahlungen	2.660.000,00				
Auszahlungen	-2.660.000,00				
Gesamtauswirkung Finanzplan	0,00	(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)			

2018	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel veranschlagt	X	X	Ergebnisplan	Finanzplan
Zusätzl. zu ordnen			Gesamtlaufzeit	Gesamtlaufzeit
Haushaltsbelastend				
Haushaltsentlastend				
Haushaltsneutral	X	X		

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan
2018	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:	233001 000.4161000	Berufsschulen/Erträge Auflösung Sopo aus Zusch.	133.000,00
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:	233001 000.5711000	Berufsschulen/Abschreibungen auf Sachanlagen	-133.000,00
		Saldo Ergebnisplan	0,00
	Produktsachkonten		Finanzplan
	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:	23301 999.6817000	Berufsschulen/Investitionszusch. Priv. Unternehmen	2.660.000,00
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	233001 999.7851000	Berufsschulen/Hochbaumaßnahmen	-2.660.000,00
		Saldo Finanzplan	0,00

Anlage 2

Heske Hochgürtel Lohse
Architekten PartGmbB
Fünfhausen 1
23552 Lübeck

T 0451 - 39 77 897 - 0
F 0451 - 39 77 897 - 9
info@hhl-architekten.de

Projekt

222 - GWS
Gewerkschule - Neubau
Parade 2

23552 Lübeck

Bauherr/-in
Hansstadt Lübeck
Gebäudemanagement Fh. 5
Mühlendamm 14

23552 Lübeck

Darstellung Maßstab
Lageplan 1:250

Phase

Entwurfsplanung

Plannummer

EP-250-00 23.05.2017

Gezeichnet

KP

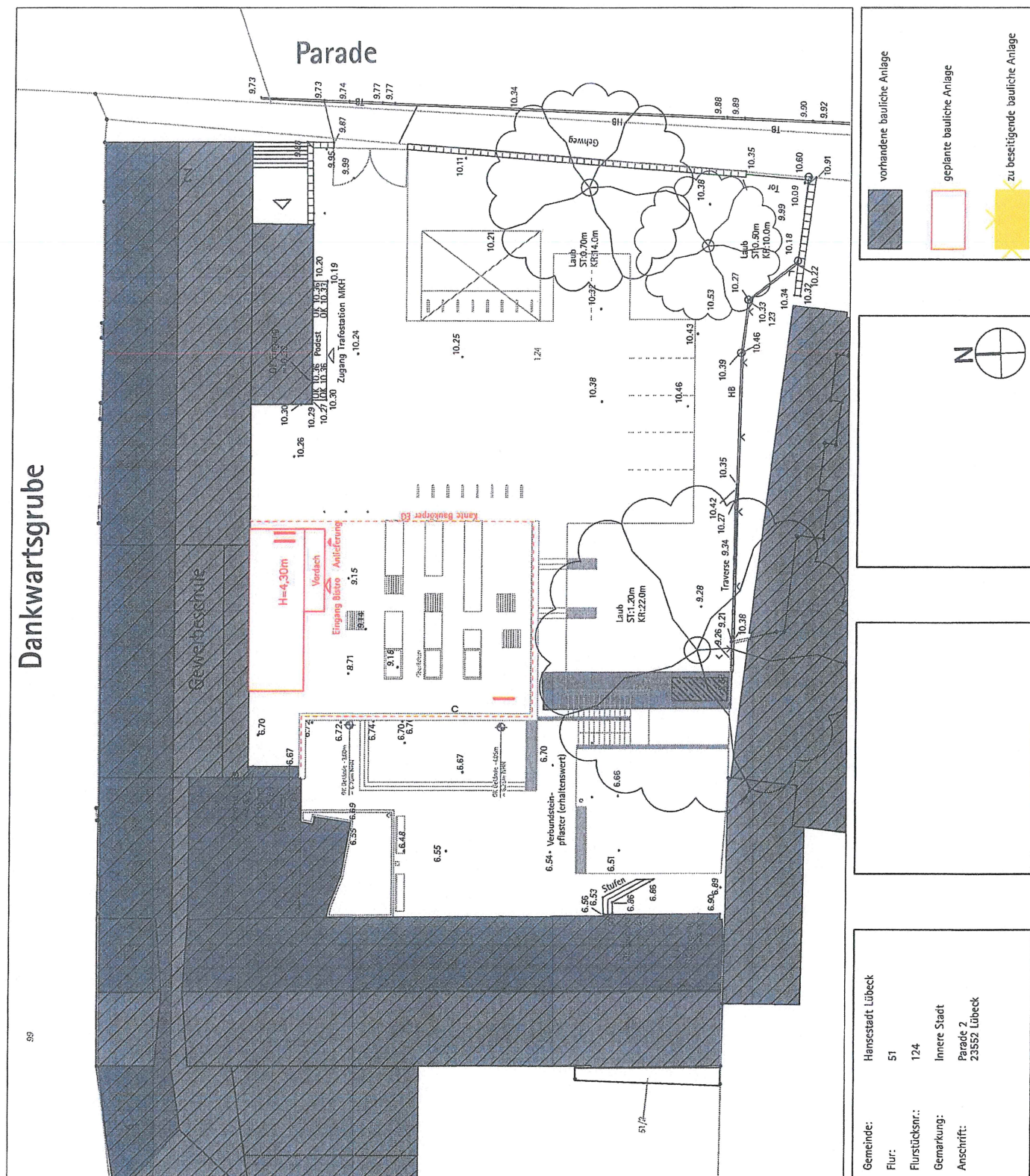
Unterschriften

Entwurfsverfasser

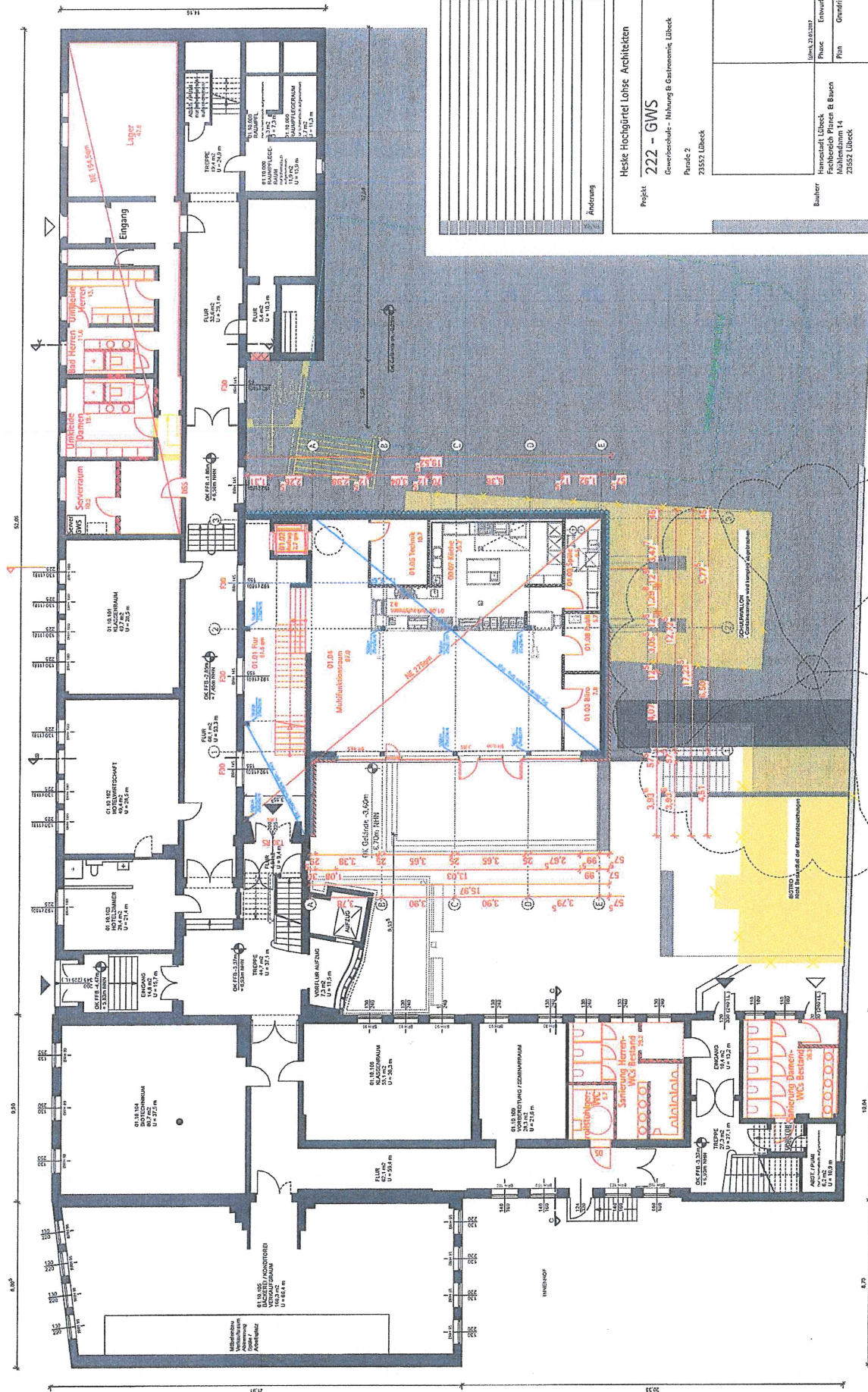
Lübeck, 23.05.2017

Zichnungen auf Grundlage Bestands-
zeichnungen. Übergabe der dvg-
Daten erfolgte am 10.03.15 vom GMHL.
Keine mündliche Überprüfung vor Ort
erfolgt

Dankwertsgrube



Gemeinde: Hansstadt Lübeck
Flur: 51
Flurstücksnr.: 124
Gemarkung: Innere Stadt
Anschrift: Parade 2
23552 Lübeck

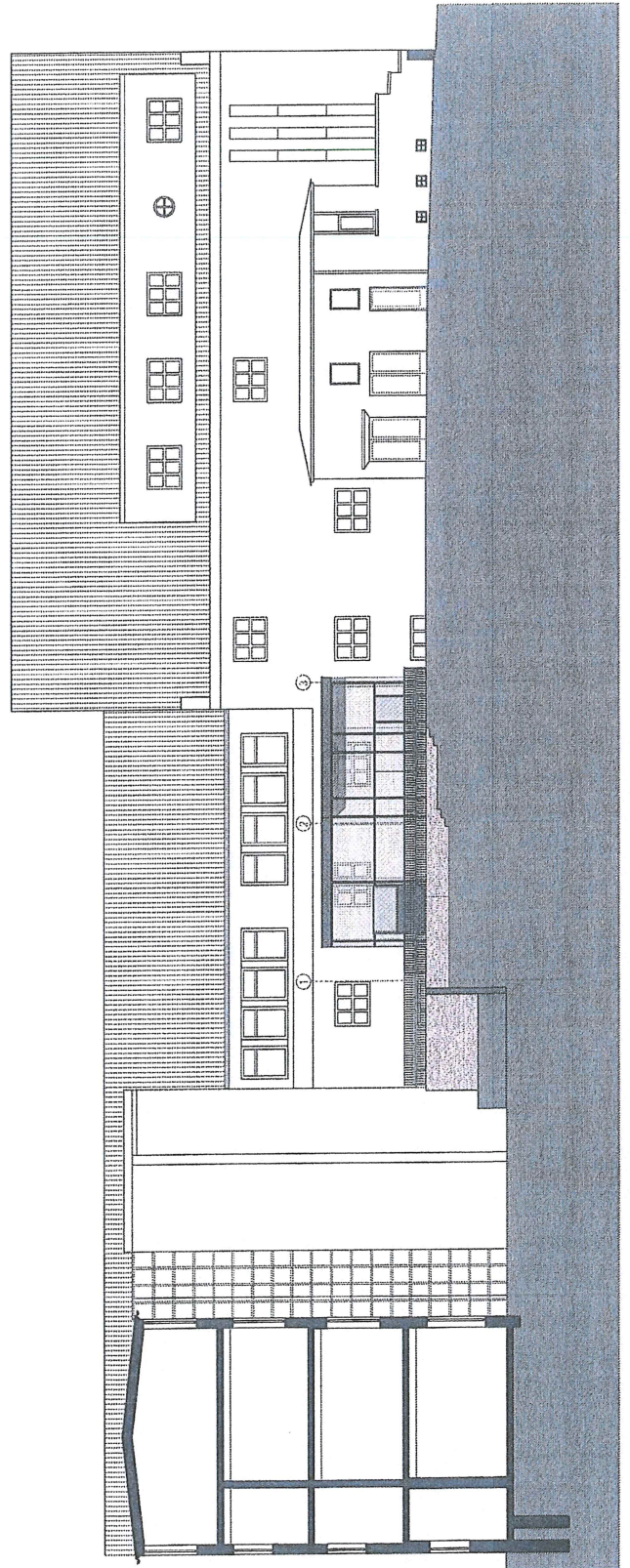
[illegible]

Projekt	Heske Hochgürtel Lohse Architekten						
	222 – GWS						
	Gewerkschuhfabr. – Nähwerk B. Gastmann, Lübeck						
	Parade 2						
	23552 Lübeck						
Bauteil		Heringsdorf, Lübeck	12.04.1912, 21.02.1937	Entwurfslösung	Entwurfslösung		
		Heringsdorf, Lübeck	Phase	Entwurfslösung			
		Mühlendamm 14	Plan	Grundriss, Eckschloss			
		23552 Lübeck					
Architekt		Heske, Högberg, Lohse	Maßstab	1:100			
		Architekten-PartnBüro	Datum	23.02.1917			
		Rathausen 1	Bezeichnet	EP			
		T 0451 : 39 77 897 - 0	Plan-Nr.	EP-100-01			
		F 0451 : 39 77 897 - 9					
		ingehhlt-architekten.de					
						INDEX	EP



Projekt	Hestie Hochregal Löhse Architekten	
	222 - GWS	
	Gewerkschule - Hahnung B & Gastronomie, Lübeck	
	Parade 2	
	23552 Lübeck	
Baubetrieb	Hestie, di. Lübeck Fahrbereich Müllendamm 14 23552 Lübeck	Umsatz 234.520,07
		Umsatzplanung
Architekt	Hestie, di. Lübeck Fahrbereich Müllendamm 14 23552 Lübeck	Plan
		Grundriss 1, Obergeschoss
		Multistab 1:100
		Datum 23.02.2017
		Revisor EP
		Plan-Nr. EP-100-02
		INDEX
		EP





Projekt	Hesle hochigirtel Lohse Architekten	
	222 - GWS	
	Gewerkschule - Nahrung & Gastronomie, Ulbeck	
	Prinzip 2	23582 Ulbeck
Bauchter	Hanselshoff Ulbeck Fredrichshof Plauen & Bauen Mühlendamm 14 23182 Ulbeck	Entwurfsplanung
		Phase
		Plan
		Maßstab
		Datum
Architekt	Hesle, Hochigirtel Lohse, Architekten PartGmbH Einhausen 1 23582 Ulbeck T 0451 - 39 77 897 - 0 F 0451 - 39 77 897 - 9 info@hesle-architektur.de	Entwurfplanung
		Plan
		Maßstab
		Datum
		Bauherr
		INDEX
		EP



► Nr. VO/2017/05276
öffentlich

Lübeck, 12.09.2017

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Ralf Schott (E-Mail: ralf.schott@luebeck.de Telefon: 122-6720)

Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme "Grundhafter Ausbau der Kantstraße von der Schlutuper Straße bis zur Goebenstraße" (5.660)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
20.09.2017	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.10.2017	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
10.10.2017	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Mit dem Projekt Grundhafter Ausbau der Kantstraße von der Schlutuper Straße bis zur Goebenstraße kann wie vorgeschlagen begonnen werden.
2. Nach Herstellung der haushalterischen Ordnung im Haushalt 2018 kann die Umsetzung der Maßnahme erfolgen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:

- 1.201 – Haushalt und Steuerung
- 2.280 – Wirtschaft und Liegenschaften
- 5.610 – Stadtplanung und Bauordnung

Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

☐ Ja
☒ Nein

Die Maßnahme ist:

☒ neu
☐ freiwillig
☒ vorgeschrieben durch: Verkehrssicherungspflicht

Finanzielle Auswirkungen:

☐ Nein
☒ Ja (Anlage 1)

Begründung:

Städtebauliche Situation

Die im Stadtteil St. Gertrud, Ortsteil Marli gelegene Kantstraße verläuft in Nord-Südrichtung auf der östlichen Seite der ehemaligen „Meesenkaserne“. In den Kasernengebäuden und in deren Umfeld hat sich ein Gebietszentrum herausgebildet, das aufgrund seines vorhandenen Angebotes an Einzelhandelseinrichtungen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen eine stadtteilbezogene Versorgungsfunktion übernimmt.

Die Kantstraße zwischen der Schlutuper Straße und der Goebenstraße dient im Wesentlichen der verkehrlichen Erschließung von großflächigem Einzelhandel und verbindet zudem das Wohngebiet an und nördlich der Goebenstraße mit der Schlutuper Straße bzw. der Brandenbaumer Landstraße. Die Kantstraße liegt vom Knoten Maybachstraße bis hin zur Goebenstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 07.05.02 (2. Änderung) der Hansestadt Lübeck.

Bestand:

Die vorhandenen Ausbaumerkmale der Kantstraße zwischen Schlutuper Straße und Goebenstraße werden den verkehrlichen Anforderungen einer Erschließungsstraße mit einer Belastung von bis zu 500 Kfz/Stunde nicht gerecht. Sowohl die geringe Ausbaubreite mit 5,00 m für die Fahrbahn als auch die schadhafte Oberflächenbefestigung mit Großpflastersteinen lassen eine geordnete Verkehrsabwicklung nicht zu.

Insbesondere dem Schwerverkehr bereiten die beengten Verhältnisse der Fahrbahn im Begegnungsfalle große Schwierigkeiten. Im Begegnungsfalle Lkw/Lkw werden zwangsläufig die Nebenanlagen, d.h. der auf der Westseite verlaufende gemeinsame Geh- und Radweg bzw. der auf der Ostseite verlaufende Gehweg vom Schwerverkehr mitbenutzt. Dieser gefährliche Zustand soll nicht länger toleriert werden. Die Bürgerschaft beschloss im Juni 2017 eine Sanierung der Fahrbahn bis Ende 2018.

Kantstraße im Abschnitt Maybachstraße – Goebenstraße:

Die mit Großpflaster befestigte Fahrbahn weist eine vorhandene Breite von 5,00 m auf und ist durch Ausspülungen der Fugen, Aufkanten der Steine und großflächige Setzungen stark schadhaft. Eine geregelte Entwässerung ist kaum mehr möglich.

Auf der westlichen Seite besteht ein gemeinsamer Geh- und Radweg mit einer Breite von 2,75 m bis 3,15 m, der entlang des Hochbordes der Kantstraße geführt wird. Auf der östlichen Seite verläuft ein – ebenfalls durch Hochbord von der Fahrbahn getrennter – Gehweg mit ca. 1,50 m Breite.

Die Gesamtbreite des Straßenraumes beträgt etwa 10,0 m.

Kantstraße im Abschnitt Schlutuper Straße – Maybachstraße:

Die asphaltierte Fahrbahn weist eine vorhandene Breite von 5,50 m auf. Auch hier ist die Fahrbahn schadhaft; der Asphalt zeigt Quer- sowie Netzkrisse, Flickstellen und wurde bereits abschnittsweise saniert.

Auf der westlichen Seite ist ein Gehweg mit 1,80 m bis 2,15 m Breite vorhanden. Daneben verläuft ein Zwei-Richtungsradweg mit 1,90 m Breite, der durch einen Pflasterstreifen von nur 0,40 m Breite vom Hochbord getrennt ist. Auf der östlichen schließt sich ein Gehweg mit 1,50 m Breite an. Die Auftrittshöhe des östlichen Gehweges ist mit bis zu 22 cm in Teilbereichen ungewöhnlich hoch.

Die Gesamtbreite des Straßenraumes beträgt etwa 11,0 m und wird auf beiden Seiten durch Gebäudefassaden begrenzt.

Projektauftrag:

Am 29.06.2017 wurde ein Bürgerschaftsbeschluss gefasst, nach dem die Planung für den grundhaften Ausbau der Kantstraße im Juli 2017 aufzunehmen und die Baumaßnahme bis Ende 2018 abzuschließen ist.

Neubau:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Vorplanung nahezu abgeschlossen und zwischen 5.610 – Stadtplanung und Bauordnung sowie 5.660 – Stadtgrün und Verkehr abgestimmt.

Die wichtigsten Änderungen bestehen darin, dass

1. die Fahrbahn verbreitert und asphaltiert,
2. die Straßenraumbreite durch Grundstückszukäufe vergrößert,
3. der Radfahrer im Mischverkehr auf der Fahrbahn geführt ,
4. die Fahrgeschwindigkeit in der Kantstraße auf 30 km/h beschränkt und
5. die Signalisierung am Knoten Schlutuper Straße/Kantstraße angepasst wird.

Kantstraße im Abschnitt Maybachstraße – Goebenstraße:

Der neue Querschnitt der Fahrbahn wird dem Begegnungsverkehr Lkw/Lkw angepasst, d.h. die Breite der künftig asphaltierten Fahrbahn wird durchgehend 6,50 m betragen. Hierdurch wird auch die Situation des Ein- und Ausfahrens des Schwerverkehrs in die Grundstücke des Einzelhandels zum Zwecke des Belieferns deutlich verbessert.

Die Kantstraße wird in die die Tempo-30-Zonen von Maybachstraße und Goebenstraße einbezogen; die bestehenden Tempo-30-Zonen werden so verbunden und erweitert.

Der Radfahrer wird in beiden Fahrtrichtungen im Mischverkehr auf der Fahrbahn geführt.

Der Gehweg auf der westlichen Seite erhält eine Breite von 2,35 m zuzüglich 0,15 m für Kanntenstein einschl. Rückenstütze; der Gehweg auf der östlichen Seite wird mit 2,50 m Breite zuzüglich 0,25 m für den Beleuchtungsstreifen ausgebildet. Die künftige Straßenraumbreite beträgt damit 11,75 m. Die Straßenachse verläuft geradlinig, die Breiten der Fahrbahn und der Gehwege bleiben im gesamten Abschnitt konstant.

Dieser für die verkehrlichen Anforderungen der unterschiedlichen Nutzergruppen optimierte Straßenquerschnitt setzt Grunderwerb voraus, der noch nicht vorverhandelt ist. Dieser hat nur dann eine Chance auf kurzfristige Umsetzung, wenn die auf den angrenzenden Grundstücken bestehende Infrastruktur in ihrer Funktion unbeeinträchtigt bleibt. Die geplante westliche Straßenraumgrenze berücksichtigt den Verbleib eines 70 cm breiten Überhangstreifens der unmittelbar angrenzenden Senkrechtplätze des Plaza-Centers. In der Konsequenz entfallen 16 Bäume entlang des Plaza-Grundstücks und des sich südlich anschließenden öffentlichen Parkplatzes. Diese Bäume sind jedoch allesamt nur schwach entwickelt und zeigen überwiegend eine nur noch geringe Vitalität, so dass sie nicht maßgebend für die künftige Straßenraumgestaltung sein sollten. Ein – zumindest teilweiser – Ausgleich für die Baumfällungen vor Ort ist durch die Aufgabe einzelner Stellplätze auf dem öffentlichen Parkplatz möglich.

Der geplante Grunderwerb beläuft sich auf ca. 290 m² von insgesamt sechs Grundstücken.

Kantstraße im Abschnitt Schlutuper Straße – Maybachstraße:

Die auch künftig asphaltierte Fahrbahn wird auf 7,00 m Breite ausgebaut. Die Tempo-30-Zone beginnt etwa 35 m vor der Achse der Maybachstraße.

Der vorhandene, untermaßige Zwei-Richtungsradweg wird aufgehoben; die Radfahrer werden in beiden Fahrtrichtungen im Mischverkehr geführt. Von der Maybachstraße bis zur Lichtsignalanlage an der Schlutuper Straße erhalten die Radfahrer einen Schutzstreifen mit 1,25 m Breite und eine vorgezogene Haltelinie, um unabhängig von auf die Freigabe wartenden Kraftfahrzeugen bis zur Haltelinie vorfahren zu können. Die Radfahrerführung innerhalb des Knotens Schlutuper Straße/Kantstraße einschließlich der Signalisierung wird entsprechend angepasst.

Die Gehwege erhalten auf beiden Seiten je 2,00 m Breite und werden durch Hochbord ggü. der Fahrbahn abgegrenzt. Der Beleuchtungsstreifen mit 0,25 m Breite setzt sich am Rand des östlichen Gehweges fort.

Gegenüber der Maybachstraße wird um den Netto-Markt herum und zwischen den Häusern Marliring 88 und 90 hindurch ein gemeinsamer Geh- und Radweg mit 2,50 m Breite in Pflasterbauweise zum Marliring hin angelegt.

In diesem Abschnitt ist kein Grunderwerb erforderlich.

Zeitplan:

Der Zeitplan ist in Anlage 5 beigefügt.

Dieser sieht den Abschluss der Planungen bis zum 5. Januar 2018, die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen bis zum 13. April 2018, Baubeginn am 30. April 2018 und die Fertigstellung der gesamten Baumaßnahme (Leitungs- und Straßenbau) bis Ende 2018 vor.

Beschlußvorschlag:

Die Freigabe des Projektes wird beschlossen, die Planungen werden fortgesetzt. Nach haushalterischer Ordnung der Finanzmittel für 2018 wird die Ausschreibung der Maßnahme und der Bau durchgeführt.

Anlagen:

Anlage 1 – Finanzielle Auswirkungen

Anlage 2 – Übersichtslageplan

Anlage 3 – Lageplan Neubau

Anlage 4 – Querschnitt Neubau

Anlage 5 - Zeitplan

Senatorin Joanna Glogau

Produkt: 541001 - Gemeindestraßen

VO-Nr.: 2017/05276

INVESTIV

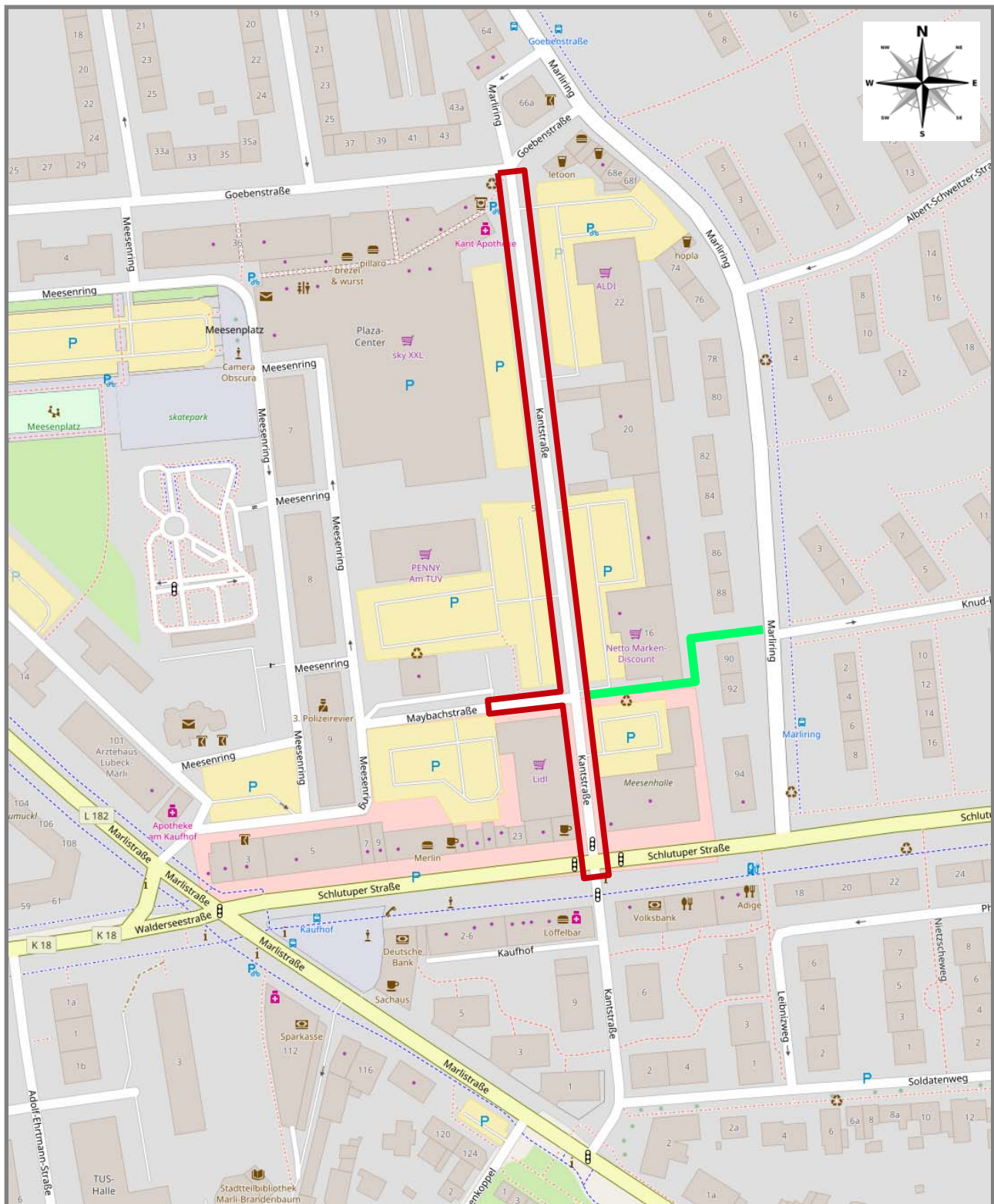
zu beteiligen!)

Gesamtauswirkung Ergebnisplan	<u>-1.160.299,00</u>				
voraussichtl. Zinsen ca.			-2.320,00	-2.320,00	-2.320,00
Einzahlungen					
Auszahlungen	-1.160.300,00	-100.000,00	-1.060.300,00		
Gesamtauswirkung Finanzplan	<u>-1.160.300,00</u>	<i>(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)</i>			

2017	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel veranschlagt		x	Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Zusätzl. zu ordnen				
Haushaltsbelastend		x	x	x
Haushaltsentlastend				
Haushaltsneutral				

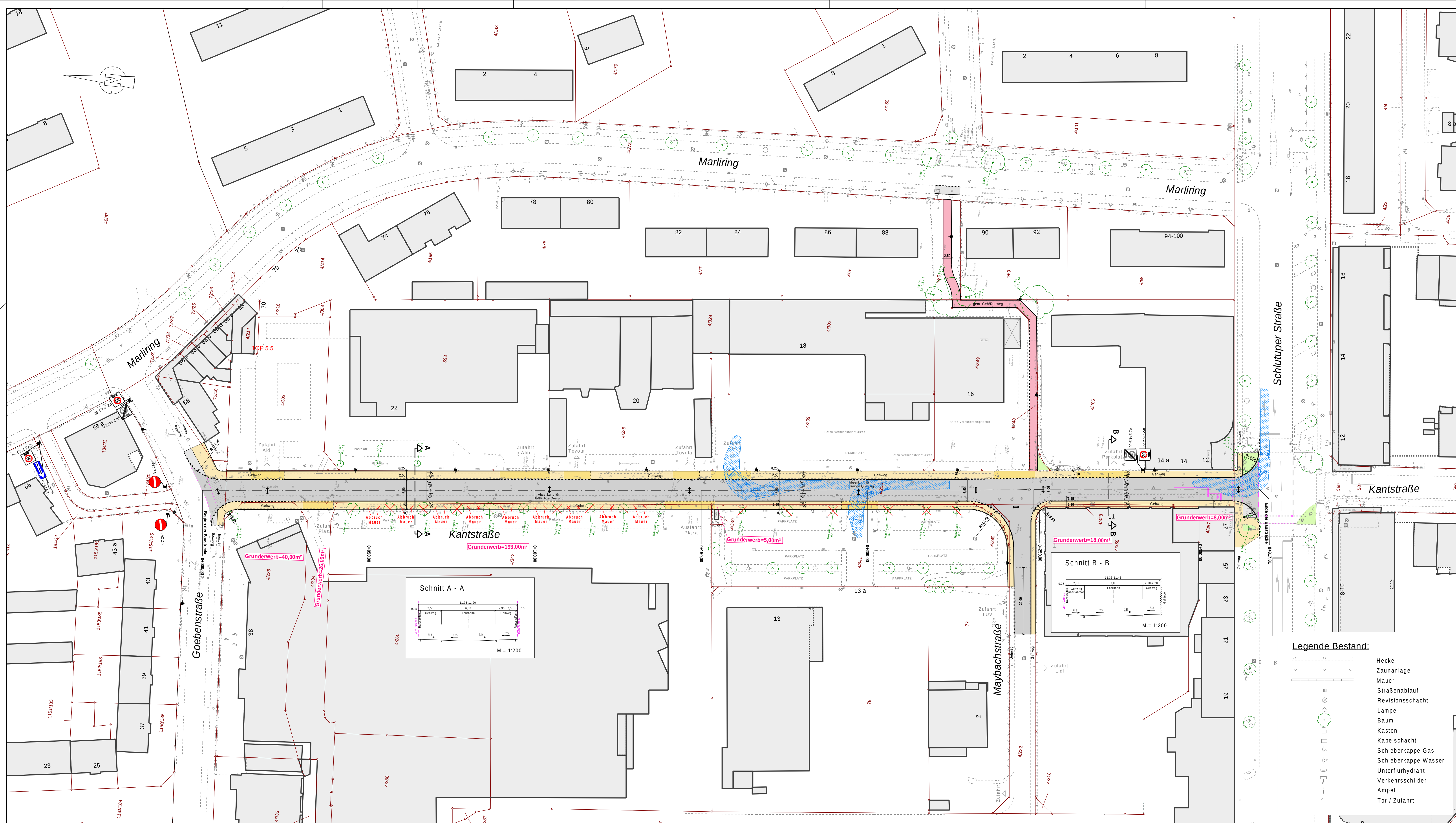
Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan
2017	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	<u>0,00</u>
	Produktsachkonten		Finanzplan
	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	541001.684.7852000	Gemeindestraßen- Kantstraße/ Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen	-100.000,00
		Saldo Finanzplan	<u>-100.000,00</u>

Anlage 2



© Openstreetmap-Mitwirkende

- Bereich Straßenbau in der Kantstraße und der Maybachstraße
- neuer Geh- und Radweg als Verbindung zwischen Kantstraße und Marling

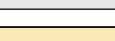
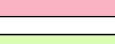


73 von 76 in Zusammenstellung

Sciprojekt/Lübeck/Kantstraße/LPH 2 - Vorentwurf 2017/Lageplan/Lageplan Kantstraßegw

11.09.2017
Verkehrsfliches (Zoon-30)

Zeichenerklärung für die Planung:

	Fahrbahn (Asphaltdeckschicht aus AC 8 DS)
	Radweg (Asphaltdeckschicht aus AC 5 DL)
	Gehweg (Betonplatten 30/30/6 cm, grau)
	Gehweg, überfahrbar (Beton-Rechteckpflaster 20/10/10 cm, grau)
	gem. Geh-/Radweg (Beton-Rechteckpflaster 20/10/10 cm, grau)
	Grünfläche / Bankettstreifen
	Bordstein
	abgesenkter Bord
	Fahrbahnmarkierung gem. RMS
	Lampe
	Straßenablauf
	Fußläufige Querung

Nr.	Art der Änderung	Name	Datum
TSM Ingenieurbüro für Tiefbau und Vermessung GbR Rathausstr. 2 - 24103 Lübeck Tel.: 0423/97429-0 Fax.: 0423/97429-99 E-Mail: info@TSM-ingenieure.de		Name	Datum
		Bearb.	Sell 11.09.2017
		Gez.	Münsterberg 11.09.2017
		Gepr.	Sell 11.09.2017

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

Fachbereich Planen und Bauen - Bereich Stadtgrün und Verkehr

Voruntersuchung

Ausbau der Kantstraße
zwischen Goebenstraße und Schlutupur Straße
in Lübeck

Lageplan
Verkehrsrfläch

Anlage : 3		Datum	Name	Aufgestellt Lübeck, den
	Bearb.	..	..	
	Gez.	..	..	
	Ges.			
Blatt-Nr. : 2				
Maßstab: 1:500	2.1			
		Bereich Verkehr		
Grundplan :	Datum :	Änderung :	Datum :	
Vermessung :				
Reg.- Nr.:				

Station 0+065



Station 0+065

40.0 cm

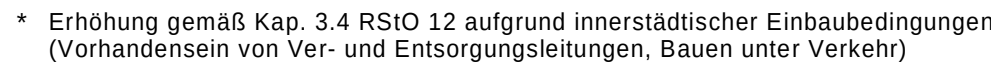
Reg.- Nr.:	
------------	--

74 von 76 in Zusammenstellung

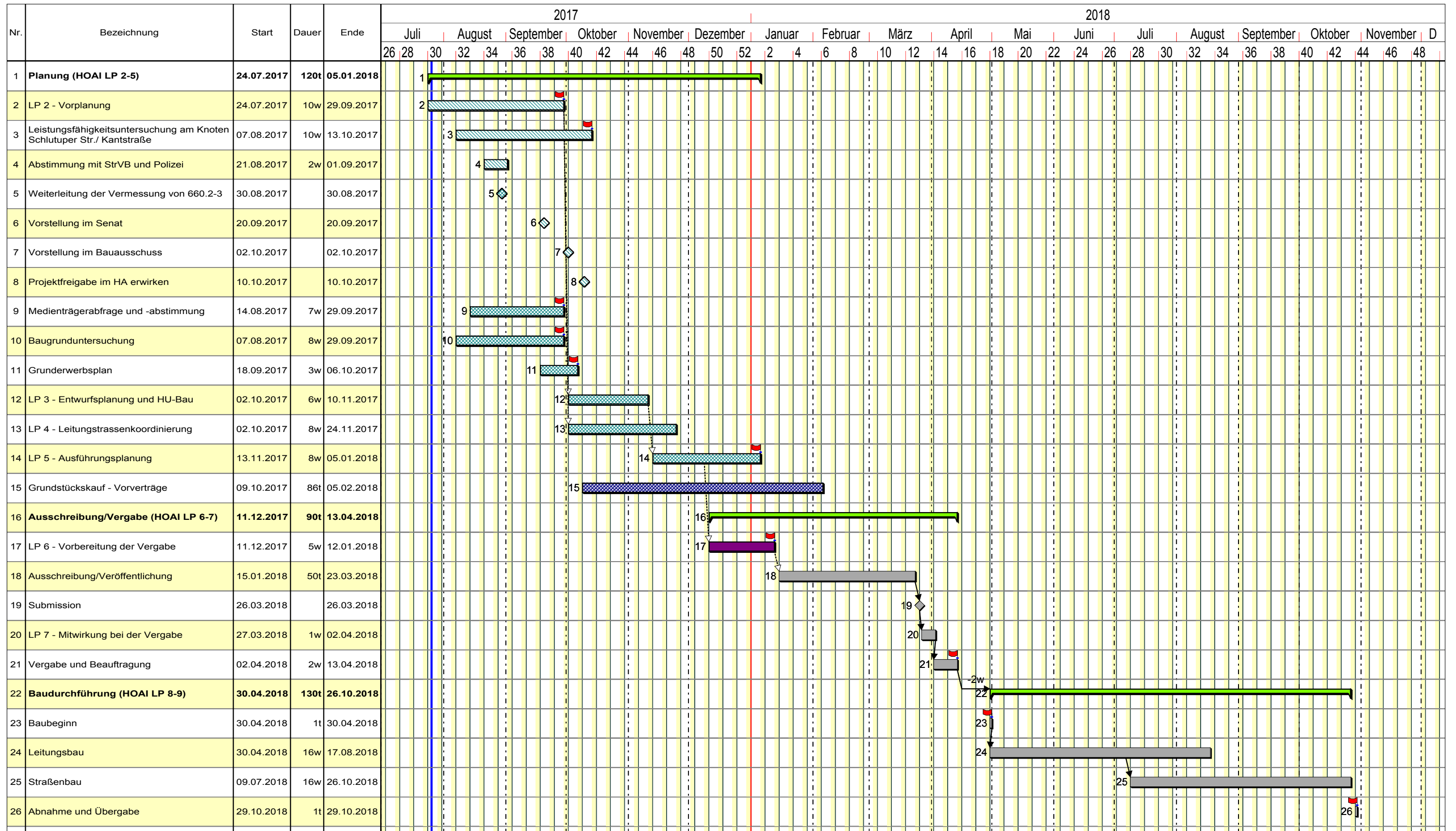
Station 0+273



Station 0+273



S:\projekte\Libeck\Kantstraße\PH 2 - Vorentwurf 2017\AO\Ausbauguerschnitt.dwg



Farbcode	Farbname	Farbcode	Farbname
1	Rot	11	Rotbraun
2	Orange	12	Braun
3	Gelb	13	Grün
4	Grün	14	Blau
5	Blau	15	Violett
6	Violett	16	Schwarz
7	Schwarz	17	Weiß
8	Weiß	18	Gold
9	Gold	19	Silber
10	Silber	20	Braun

Summenvorgang

610.4 - Verkehrsplanung

 660.2-2 Straßenentwurf

280.1 Liegenschaften

Übergang zu 660.3-2 Verkehrswegeneubau

Projektdatei: G:\2 Planung,Entwurf,Verfahren\2.2 Str.Entwurf\Kantstraße\Zeitplan\2017-07-26 Projektzeitenplan_Kantstraße.pp, Plan vom 20.07.2017, Druckdatum: 26.07.2017

Asta Powerproject